



II/2024

Ostwürttemberg meets Berlin

Wir sind

**DIE ZU[KUNFTS]
LIEFERER**



DIE ZU[KUNFTS]
LIEFERER

Die „Offensive Zukunft“ mit ihren Partnern



Fotos & Bildrechte

Sämtliche Bilder der Sonderausgabe „Ostwürttemberg meets Berlin“, sofern nicht anders gekennzeichnet, sind urheberrechtlich geschützt und gehören der IHK Ostwürttemberg.
Fotograf: Engelbert Schmidt

IMPRESSUM wirtschaft in Ostwürttemberg

Ausgabe: 21. November 2024
ISSN (Print) 1234-5678
ISSN (Online) 2345-6789

Herausgeber

IHK Ostwürttemberg
Ludwig-Erhard-Straße 1,
89520 Heidenheim
Tel. 07321 324-0, Fax 07321 324-169
www.ihk.de/ostwuerttemberg
zentrale@ostwuerttemberg.ihk.de

Verlag und Gesamtherstellung

Heidenheimer Zeitung GmbH & Co. KG,
Olgastraße 15 · 89518 Heidenheim
Reg. Ger. Ulm HRA 660359
Komplementär: Heidenheimer Zeitung
Verlagsgesellschaft mbH
eg. Ger. Ulm HRB 660041
Geschäftsführer: Martin Wilhelm

Anzeigendisposition

Christine Hartmann

Druck

Aumüller Druck GmbH & Co. KG
Weidener Straße 2 | 93057 Regensburg

Redaktion und verantwortlich für den Inhalt

Tanja Merz · Tel. 07321 324-151
merz@ostwuerttemberg.ihk.de

Elena Caponetto · Tel. 07321 324-215
caponetto@ostwuerttemberg.ihk.de

Um den Lesefluss zu erleichtern, werden im Text hauptsächlich männliche Bezeichnungen verwendet.
Der Bezug der IHK-Zeitschrift erfolgt im Rahmen der grundsätzlichen Beitragspflicht als Mitglied der IHK.

Einzelpreis: 4,50 Euro
Jahresabonnement: 43,50 Euro

Der Preis für das Jahresabonnement wird wirksam, wenn alle Ausgaben des jeweiligen Kalenderjahres bezogen werden. Rechnungsstellung für das Jahresabo erfolgt im 2. Quartal des Jahres. Soweit ein Abonnement aufgrund Abobeginn während des lfd. Jahres nicht alle zehn Ausgaben umfasst, werden die bezo-

genen Ausgaben zum Einzelheftpreis berechnet.

Abonnementsaufkündigungen sind nur zum Jahresende möglich und müssen der IHK oder dem Verlag bis spätestens 30. November vorliegen. Bitte berücksichtigen Sie, dass Beilagen nicht immer die Meinung der IHK wiedergeben.



Industrie- und Handelskammer
Ostwürttemberg

Inhaltsverzeichnis

06

Im Gespräch



09

Die Abgeordneten
Ostwürttembergs



12

Ostwürttemberg
im Blick



13

Rückblick
Zwei Tage Berlin



18

Expertendialoge zu
Energiewende,
Fachkräften,
Forschung,
Transformation
und Wohnungsbau



48

Transformation in
vielen Facetten



54

Erfolge,
Ergebnisse,
Erkenntnisse



58

Eindrücke
Standpunkte
Denkanstöße



Jeder kann etwas.
Oder zumindest kann jeder
lernen, etwas zu können.

Wo das am besten geht? In
einem von mehr als 250
IHK-Ausbildungsberufen.



WIR SIND DIESE JUGEND VON HEUTE. UND DIE FACHKRÄFTE VON MORGEN.

JETZT
#KÖNNENLERNEN



**Ausbildung
macht mehr
aus uns**

OSTWÜRTTEMBERG MEETS BERLIN

Unsere Zukunftsmission

DIE ZU[KUNFTS]
LIEFERER



Gemeinsam in die Zukunft blicken

IM GESPRÄCH MIT DR. JOACHIM BLÄSE, MARKUS MAIER, PETER POLTA UND THILO RENTSCHLER

Nach der großen Präsentation „Ostwürttemberg meets Berlin“ der Region Mitte Oktober in der Bundeshauptstadt ist vor der Fortschreibung der 2021 gestarteten Offensive „Zukunft Ostwürttemberg“. IHK-Präsident Markus Maier, IHK-Hauptgeschäftsführer Thilo Rentschler sowie die beiden Landräte Dr. Joachim Bläse (Ostalbkreis) und Peter Polta (Heidenheim) sprechen im Interview über die Wirkung des Auftritts in Berlin sowie über Kommendes. Alle vier eint, dass die Zukunft Ostwürttembergs aktiv und positiv beeinflusst werden soll – und zwar im kooperativen Miteinander. Eine Standortbestimmung für die Region.

Werte Herren, findet das kleine Ostwürttemberg Gehör im großen Berlin? Was kann die Präsentation der Region in der Hauptstadt bewirken? Wie sind Ihre Eindrücke?

Markus Maier: Wir hatten postuliert, dass wir eine Mission zu erfüllen haben im politischen Berlin. Wir wollten Themen ansprechen, die uns als Unternehmer und unsere Unternehmen umtreiben, die uns unter den Nägeln brennen und die wichtig für künftige Prosperität sind. Das erfolgreiche Wirtschaften muss für die Politik wieder im Vordergrund stehen. Wenn sie ihre ambitionierten Ziele erreichen will, dann geht das nur mit einer starken Wirtschaft. Wir wollten sensibilisieren für unternehmerische Belange, und wir haben sensibilisiert! Gemessen an diesen Zielen unserer Mission sage ich: Wir haben uns Gehör verschafft. Ostwürttemberg wurde in Berlin wahrgenommen und gelobt für seine Initiative. Der Auftritt war gleichermaßen erfrischend und tiefgehend in den Zukunftsthemen. Auch die Innenwirkung halte ich für außerordentlich wertvoll. Meine Bilanz fällt deshalb positiv aus.

Dr. Joachim Bläse: Größe ist ja nicht mit Stärke gleichzusetzen. Den starken Zusammenhalt der Region und dass hier alle an einem Strang ziehen, haben wir durch die große Zahl an mitgereisten Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und kommunaler Ebene eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Wir konnten deutlich machen, welche hohe Relevanz die platzierten Themen für den Wirtschaftsstandort haben und dass auf der politischen Ebene besser gestern als morgen gehandelt werden muss. Wirtschaftliche Prosperität ist kein Selbstläufer, auch nicht im langjährigen Wirtschaftsmotor Baden-Württemberg. Neben den Innovationen und Transformati-



onen, die aus den Unternehmen selbst kommen, müssen auch die Rahmenbedingungen stimmen. Für das produktionsorientierte Ostwürttemberg sind manche Herausforderungen noch verstärkt. Unsere Sicht der Dinge – verbunden mit konkreten Lösungsansätzen – in Berlin vorzustellen und die Aufmerksamkeit auf den Südwesten Deutschlands zu lenken war daher wichtig und richtig.

Peter Polta: Wir haben in Berlin nicht nur ein Ohr gefunden, sondern gleich mehrere. In der Hauptstadt ist es nicht alltäglich, dass eine ganze Region zu Gast ist – vertreten durch rund 120 Personen – allesamt prägende Gesichter aus Ostwürttemberg. Sie haben großes Engagement gezeigt und ihre Erfahrung eingebracht. Die erste Wirkung war definitiv die direkte Vernetzung. Wenn Akteure sich persönlich kennen, fällt es leichter, Zukunftsprojekte mit vereinten Kräften aufzugleisen und umzusetzen. Die zwei inhaltlichen Tage waren reich an spannenden Beiträgen und konstruktiven Diskussionen zwischen regionalen Vertretern und den Akteuren in Berlin. Unsere Botschaften wurden mit großem Interesse verfolgt. Bundesbauministerin Geywitz hat sie sicherlich genauso in ihr Ressort mitgenommen, wie Wirtschafts-Staatssekretärin Dr. Brantner zum Thema Energiewende und Verkehrs-Staatssekretär Dr. Hocker zur Brenzbahn.

Thilo Rentschler: Die Region hat eine vielbeachtete Charmeoffensive in Berlin gestartet. Wir haben auf ein kooperatives Miteinander gesetzt – und damit gewonnen. Uns wurde aufmerksam zugehört, das Verständnis füreinander ist gewachsen. Es war ein Auftritt

auf Augenhöhe. Wir haben klare Botschaften an die Politik gesendet und unsere Anliegen direkt bei der Bundesbauministerin sowie der Wirtschaftsstaatssekretärin adressiert. Allgemeine und oft als wenig greifbar wahrgenommene Herausforderungen wurden durch anschauliche Beispiele aus Unternehmen mit konkreten Lösungsansätzen ins Schaufenster gestellt. Diese Best-Practices haben Wirkung gezeigt bei den Vertretern aus Politik und Verbänden.

Gibt Berlin der Offensive „Zukunft Ostwürttemberg“ nochmal Schwung?

Dr. Joachim Bläse: Die Offensive mit dem Masterplan 2030 ist ein lebendiges und sich anpassendes Gesamtsystem. Die Überprüfung unserer formulierten Ziele und die dafür notwendigen Maßnahmen vollzieht sich permanent. Wir haben den Auftritt in Berlin nicht nur dafür genutzt, unsere Botschaften zu senden, sondern auch dafür, Entwicklungen und Überlegungen auf der Berliner Ebene wahrzunehmen. Wenn beispielsweise Forschungsfördermittel gestrichen werden sollen, dann muss uns das alarmieren und aktivieren. Berlin war somit kein Schlusspunkt für die Zukunftsoffensive, sondern eine wichtige Weichenstellung für deren Weiterentwicklung.

Markus Maier: Berlin wirkt nach! Das war bereits am zweiten Tag der Präsentation und in den Tagen nach der Rückkehr deutlich zu spüren. Alle Rückmeldungen, die bei mir eingegangen sind, waren durchweg positiv. Teilweise wurden neue Denkansätze angesto-

ßen oder weitergehende Diskussionen, die an die Gespräche in Berlin anknüpfen. Insofern bin ich sicher, dass diese Impulse in die Offensive „Zukunft Ostwürttemberg“ einfließen und uns weiter voranbringen in unserer Rolle als Zukunftslieferer.

Peter Polta: Wir haben Schwung nach Berlin gebracht. Jetzt heißt es, die Botschaften gut nachzuarbeiten sowie gezielt und bündig nochmal an die jeweiligen Adressaten zu spielen und den Schwung dann auch wieder mit in die Region zu nehmen. Die Fortschreibung der Zukunftsoffensive steht an. Unsere Welt dreht sich weiter und so müssen wir auch auf die neuen Gegebenheiten eingehen. Die nächsten Wochen sind mit viel Arbeit verbunden. Aber das können wir in Ostwürttemberg gut – Schaffermotivität hat die Region schon immer geprägt und vorangebracht.

Thilo Rentschler: Die Präsentation in Berlin hat deutlich gemacht, dass wir die richtigen Themen bei der Zukunftsoffensive aufgegriffen haben. Die Zeit war reif für unsere Mission. Insofern war und ist unsere Strategie richtig, nach drei Jahren intensiver Arbeit an den Zukunftsthemen nach außen zu treten und Hilfe einzufordern beim Lösen essenzieller Herausforderungen. Wir wollen als Modellregion zeigen, wie Wohlstand gesichert werden kann. Den Schwung, den wir bereits in Berlin gespürt haben, tragen wir in die Zukunftsoffensive mit ihren Netzwerken hinein. Wir werden bestehende Kontakte intensivieren und die neu erschlossenen Kanäle nutzen, um unsere im Masterplan hinterlegten Ziele zu erreichen.

Thema Zukunft: Was steht auf Ihrer persönlichen Agenda für 2025? Welche Projekte wollen Sie voranbringen?

Markus Maier: Ich sehe globale Risiken, hausgemachte Probleme und die schwindende Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft. Hierzu muss die Politik in Berlin und Brüssel genau so wie wir als Unternehmen Lösungen finden. Die Veränderungsgeschwindigkeit wird noch einmal zunehmen. Darauf müssen wir uns einstellen. Das kann in einigen Fällen auch den Abschied von lieb gewonnenen Selbstverständlichkeiten sein. Und das wird uns als Gesellschaft insgesamt fordern. Wenn Sie mich als IHK-Präsident fragen, stellt die geplante bauliche Erweiterung des Bildungsbereichs am Standort Heidenheim ein wichtiges Projekt dar. Wir sind überzeugt, berufliche Qualifizierung bleibt ein Schlüsselthema. Hochqualifizierte Mitarbeitende für weltweit wettbewerbsfähige Produkte.

Dr. Joachim Bläse: Regionale Schwerpunkte in Materialforschung und Photonik, die Unterstützung des Mittelstands in Transformationsprozessen, Stärkung der Vernetzung zwischen angewandter Forschung und Unternehmen sowie Bildung, vor allem im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik), müssen vorangebracht werden. Gleichzeitig darf der Blick über die Landes- und Bundesebene hinaus nicht außer Acht bleiben, wenn es beispielsweise um die Zukunft der europäischen Strukturförderung geht. Hier konnten wir bislang als Landkreis und Region erfolgreich an Fördermitteln für europäische Leuchtturmprojekte und Förder-

kulissen partizipieren. Im Verbund mit anderen Regionen und dem Land müssen wir uns dafür stark machen, dass Baden-Württemberg als stärkere Wirtschaftsregion auch in der Förderperiode ab 2028 zielgerichtete Unterstützung zur weiteren Stärkung von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit erhält.

Peter Polta: Themen und Projekte, die uns im Landkreis beschäftigen, explizit herauszugreifen, würde den anderen nicht gerecht werden. Zudem befindet sich der Landkreis – auch aufgrund der allgemein wirtschaftlich herausfordernden Situation – in einer angespannten Haushaltslage. Trotzdem hat sich der Kreistag ausdrücklich zum Klinikum Heidenheim bekannt und auch das Zukunftsprojekt Brenzbahn soll weiter vorangetrieben werden. Hier müssen wir uns im regionalen Miteinander – über die Grenzen der Region Ostwürttemberg hinaus – auf eine Finanzierungsgrundlage einigen.

Thilo Rentschler: Ich pflichte Markus Maier bei: Lebenslanges Lernen gehört zu einer transformierten Arbeitswelt. Aus den Überlegungen vor und in Berlin wurde klar, dass es Dinge gibt, die nicht zur Disposition stehen und an denen konsequent 2025 weitergearbeitet werden muss, dazu zählt eine durchgängig funktionierende Bildungslandschaft. Zweitens ist eine funktionierende Infrastruktur in allen Bereichen notwendig. Drittens: Wertschöpfung muss weiterhin vor Ort stattfinden und möglich sein. Es muss daran gearbeitet werden, dass diese drei Hebel bewegt werden können, um künftigen Wohlstand zu generieren.





Herr Dr. Bläse, Sie haben den Expertendialog „Forschung, Technologie & Bildung“ moderiert. Was sind für Sie die wichtigsten Erkenntnisse aus diesem Themenbereich?

Dr. Joachim Bläse: Die vorgestellten Beispiele aus dem Unternehmens- und Forschungsbereich haben gezeigt, wo dringender Handlungsdruck besteht. Benannt wurden insbesondere bürokratische Hürden für Unternehmen aber auch in Forschungsprogrammen, eine unzureichende Mittelstandsförderung, die geplanten Einschnitte bei der Batterieforschung, steigende Energiekosten, der Fachkräftemangel oder die Studiengebühren für internationale Studierende. Um diesen Herausforderungen begegnen zu können und wettbewerbsfähig zu bleiben, muss auf unterschiedlichsten Ebenen angesetzt werden. Dazu gehört eine tiefgreifende Reform des Bildungssystems. Die Forschungsförderung muss so aufgestellt bleiben bzw. werden, dass wir als Standort international mithalten können, verbunden mit dem Abbau von Bürokratie. Ohne sofortigen Fokus auf Bildung, Forschung und Innovation droht unser Innovationsstandort ins Hintertreffen zu geraten.

Und wie sehen Sie die Region für die Zukunft diesbezüglich aufgestellt?

Dr. Joachim Bläse: Die Region Ostwürttemberg zeichnet sich aus durch ihre hohe Patentdichte und starke Innovationskraft. Sie verfügt über vier leistungsstarke Hochschulen, darunter die Hochschule Aalen, die als forschungsstärkste Hochschule für angewandte Wissenschaften in Deutschland gilt. Das fem Forschungsinstitut in Schwäbisch Gmünd ist eines der Pioniere im Bereich der Materialforschung. Ostwürttemberg ist somit Vorreiter in einer der zentralen Schlüsseltechnologien der Zukunft. Auch im Bereich Digitalisierung des Mittelstandes sind wir mit dem Digitalisierungszentrum Ostwürttemberg, der KI-Werkstatt Mittelstand und innerhalb der KI-Allianz Baden-Württemberg gut aufgestellt. Wenn

es uns gelingt, die bereits bestehende enge Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Start-ups, Forschungs- und Bildungseinrichtungen weiter zu stärken und Qualifizierung und berufsbegleitende Bildungsangebote weiter auf hohem Niveau zu halten, dann blicke ich zuversichtlich in die Zukunft.

Herr Polta, Sie waren beim Expertendialog „Energiewende und Wasserstoff“ im Einsatz. Was sind für Sie die wichtigsten Erkenntnisse daraus?

Peter Polta: Unter anderem haben uns Bundestagsabgeordnete geraten, mehr öffentliche Aufmerksamkeit auf die Themen der Energie, der Wettbewerbsfähigkeit und der Wirtschaft zu lenken. Die Energiewende muss dahingehend auch kommunikativ besser ausgestaltet werden. Es bleibt unverzichtbar, für das Wasserstoff-Kernnetz, das direkt den Landkreis Heidenheim durchlaufen soll und nun erfreulicherweise genehmigt wurde, Planungssicherheit zu haben: Die Region muss wissen, wann der Wasserstoff zu einem wettbewerbsfähigen Preis kommt, um Investitionen anzustoßen. Die Energiewende wird vor allem vom ländlichen Raum getragen. Unsere Verteilnetzbetreiber in Ostwürttemberg brauchen Unterstützung für die enormen Investitionen, die anstehen. Hier wäre ein neues System der Kostenverteilung der Stromnetze hilfreich. Zudem muss im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft etwas getan werden. Das schließt ganz besonders den Faktor Energie mit ein. Hier müssen Schritte unternommen werden, die Investitionen erleichtern und Risiken senken.

Wie sehen Sie die Region diesbezüglich aufgestellt für die Zukunft?

Peter Polta: Schon heute sind wir Erzeugerregion für Erneuerbare Energien. Wir sind zudem auf dem Weg zur Wasserstoffregion, mit einem kommenden Bundeskernnetz, das direkt die Region Ostwürttemberg durchläuft. Das ist ein wichtiger Standortfaktor. Doch gerade bei der Energiewende stehen noch

viele Aufgaben an, wie unsere Botschaften zeigen. Daher gilt es jetzt, die Zukunftsoffensive gemeinsam mit der Wirtschaft, der Forschung und allen beteiligten Akteuren weiterzuentwickeln und unsere bisherigen Erkenntnisse einfließen zu lassen.

Herr Maier, wie sehen Sie die IHK Ostwürttemberg im weiteren Transformationsprozess?

Markus Maier: Wir wollen Katalysator sein bei der Bewältigung von den beschriebenen Herausforderungen. Wir versuchen, wo immer es möglich ist, Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die unsere Mitgliedsunternehmen beim Umsetzen ihrer Geschäftsmodelle ausbremsen. Und wir wollen weiterhin vorne mit dabei sein, was die Innovationskraft und die wirtschaftliche Entwicklung im Land angeht. Dabei fungiert die IHK mit ihrem starken Ehrenamt sowie ihren hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als Netzwerk, das weitere Partner mit ins Boot holt. Insofern sind wir als koordinierende Stelle vieler Projekte innerhalb der Offensive „Zukunft Ostwürttemberg“ bestens platziert. Wenn wir, so wie jetzt in Berlin, dazu beitragen, dass alle Partner unseres Netzwerks ihre Stärken ausspielen und dabei Synergien entstehen, haben wir unsere Aufgaben als starke Interessenvertretung für unsere Mitgliedsbetriebe und die Region erfüllt.

Herr Rentschler, abschließende Frage: Wie verfolgen Sie Ihre klar definierte Strategie weiter?

Thilo Rentschler: Aus unseren tiefgehenden Analysen ist klar geworden, dass vernetztes Denken angesichts der komplexen Herausforderungen gefragt ist. Fachkräftesicherung hat beispielsweise unmittelbar mit den eben definierten Hebeln Infrastruktur, Wertschöpfung und Bildung zu tun. Ebenso hat aber die Sicherung von Fachkräften eine ganz enge Beziehung zum Bereitstellen von ausreichend Wohnraum. Fachkräfte und Wohnbau müssen zusammen gedacht werden. Sie sehen: Viele Faktoren beeinflussen einzelne Problemstellungen, mehrere Hebel müssen bewegt werden, wenn man an die Herausforderungen im Jetzt und Heute herangeht, vieles bedingt sich gegenseitig. Forschung, Technologie und Transformation müssen in die Wirtschafts- und Strukturpolitik des Bundes und des Landes noch stärker aufgenommen und bearbeitet werden. Und das Thema Energiewende ist noch bedeutender als es bislang gewertet wurde. Insofern müssen wir unsere Arbeit in diesen wichtigen Themenbereichen weiter intensivieren.

Die Abgeordneten der Region

WIE SIE DIE ZUKUNFT OSTWÜRTTEMBERGS MITGESTALTEN



Foto: Fionn Grosse

In die Zukunft unserer Region sollten wir genau so gehen, wie die Stimmung bei der Präsentation Ostwürttembergs in Berlin in diesen Tagen war: selbstbewusst, positiv und mit einem Schuss bodenständigem Humor.

Wir wissen, was wir an unserer Region haben: Großartige Menschen, eine wunderbare Landschaft, die solide aufgestellte Wirtschaft und Forschung und Entwicklung auf höchstem Niveau. Und das Ganze in einem ausgesprochen vertrauensvollen und zielorientierten Miteinander der Akteurinnen und Akteure in den Unternehmen, den Hochschulen, der Verwaltung, der Politik. Das ist der Humus für weiteren Erfolg. Diesen Erfolg werden wir haben mit Mut, Mut zu Forschung und Aus- und Weiterbildung, Mut zu Digitalisierung und ja, mit Mut zu vermeintlich weicheren Rahmenbedingungen für die Menschen, die hier leben und arbeiten - dazu gehört bezahlbarer Wohnraum für alle Einkommensschichten, genügend Kita-Plätze, Ganztagschulen und auch eine hohe Lebensqualität, für alle, die da sind und jene, die wir zu uns holen wollen. Dafür ist eine Portion Weltoffenheit und Toleranz, gepaart mit schwäbischer Bodenständigkeit eine gute Basis.

Auch die Energiewende fordert uns, aber ich weiß, sie bietet auch eine großes Potenzial für innovative Unternehmen und neue Arbeitsplätze, dabei denke ich nicht alleine an die Wasserstoffstrategie. Wir brauchen positive Bilder, wie wir in den nächsten Jahrzehnten leben und arbeiten wollen und dabei klimaneutral wirtschaften. Und wir müssen Zuversicht ausstrahlen. Wo Begeisterung für die Zukunft auf gute Rahmenbedingungen trifft, da funktioniert nicht nur die Wirtschaft. Deshalb brauchen wir Investitionen in Forschung, Technologie und Bildung, aber auch moderne Wohnkonzepte und eine leistungsfähige Infrastruktur.

Gehen wir unseren Weg weiter. Lassen Sie uns die Chancen nutzen und Ostwürttemberg weiter in Baden-Württemberg, Deutschland, Europa und der Welt absolut positiv positionieren.

Leni Breymaier, SPD-Abgeordnete für den Wahlkreis Aalen – Heidenheim

Die Arbeit in und für meinen Wahlkreis ist ein zentraler Schwerpunkt meiner parlamentarischen Arbeit. Es gibt gerade so viele existentielle Probleme, die gemeinsam mit den Verantwortlichen vor Ort dringend nach einer Lösung rufen. Die örtlichen Fragen und Anliegen in die parlamentarische Arbeit einzubringen, Kontakte herzustellen zur Bundesverwaltung, Fragestellungen langfristig weiter zu verfolgen – egal, ob es um Standortbedingungen wie Verkehr und bezahlbare Energie, die Unterstützung der Transformation unserer Wirtschaft, die Gesundheitsversorgung oder das Stopfen digitaler „weißer Flecken“ geht: Als Abgeordnete bin ich die Verbindungsfrau zur Bundesverwaltung und zur Bundespolitik - so verstehe ich meine Aufgabe.

Beispiel Gesundheitsversorgung. Die Ampelregierung klärt gerade mit ihrer für uns so nachteiligen Krankenhausplanung, was künftig vor Ort noch möglich sein soll. Unsere Interessen und Sichtweisen müssen eingebracht werden, damit wir auch im westlichen Teil Ostwürttembergs weiter raschen Zugang zu hochwertiger medizinischer Versorgung haben. Dafür kämpfe ich, genauso wie für die ambulante Versorgung über Hausärzte und niedergelassene Fachärzte. Hier muss die Zusammenarbeit mit den ärztlichen Selbstverwaltungsorganisationen weiter an Effizienz gewinnen.

Weiter zentral ist die verkehrliche Situation in unserer Region Ostwürttemberg: Der Lückenschluss beim Ausbau der B 29 bei Böbingen muss vorangetrieben werden. Die weitere Ertüchtigung der Rems-Bahn steht auf meiner To-Do-Liste mit gutem, pünktlichem Zugangebot und einer zuverlässigen und schnellen Verbindung nach Nürnberg und Karlsruhe. Schwäbisch Gmünd hat mit Aspen das größte erschlossene Industriegebiet in ganz Baden-Württemberg. Dort müssen Arbeitsplätze der Zukunft entstehen – und die Frage der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland und Baden-Württemberg muss genau hier beantwortet werden.

Ich war beim Dialog „Energiewende und Wasserstoff“ dabei: Eine bezahlbare Energieversorgung ist für unsere Bürgerinnen und Bürger und die so wichtige Zuliefererindustrie in Ostwürttemberg eine existenzielle Frage. Die Industrie braucht Antworten im Umgang mit den durch mehr „Erneuerbare“ stark steigenden Preisen und Netzentgelten, weil wir deutschlandweit auf Platz 5 bei den Erneuerbaren sehen und dafür mit hohen Netzausbaukosten bestraft werden. Hier setze ich mich für Änderungen ein. Die Wasserstoffpipeline SEL muss kommen – nachdem die Bundesregierung mit ihrem Wasserstoffnetz Baden-Württemberg links liegen lässt.

Dr. Ingeborg Gräßle, Abgeordnete der CDU für den Wahlkreis Backnang – Schwäbisch Gmünd



Foto: Deutscher Bundestag / Thomas Zender



Tagtäglich setze ich mich in meiner Arbeit als direktgewählter Abgeordneter des Wahlkreises Aalen-Heidenheim für unsere Region ein. Mein erstes großes Projekt als frisch gewählter Abgeordneter war 2009 die Einrichtung eines Lehrstuhls für Erneuerbare Energien an der Hochschule Aalen. Auch das Thema Infrastruktur ist mir wichtig. Deshalb setzte ich mich für den Ausbau der B29 Essingen-Aalen und der B29neu sowie eine bessere Vernetzung der Rems-, Jagst, Brenz- und Riesbahn ein. Aktuell ist aber für mich das wichtigste Thema Sicherheit für unsere Region in einem Europa, das wieder Kriege erlebt wie zuletzt 1945. Nur in Sicherheit und Freiheit können wir selbstbestimmt leben. Staaten wie Russland, China, Nordkorea oder der Iran greifen aber unsere Art zu leben jeden Tag, auch in Deutschland, an. Mehr Resilienz in unserer Gesellschaft, auch in Ostwürttemberg, ist mir deshalb ein wichtiges Anliegen.

Es wäre falsch, diese fünf Themen gegeneinander auszuspielen. Wir erleben gerade, dass unser Land durch eine Rezession geht. Im Vergleich zu den anderen G7-Staaten ist die Wirtschaft unseres Landes seit der Coronapandemie nicht mehr wirklich auf die Beine gekommen. Nur mit einer Mentalität eines Landes, das technologieoffen massiv mehr in die Forschung und in die Infrastruktur investiert, schaffen wir wieder den Anschluss an die Weltspitze. Dazu müssen wir auch für ausländische Fachkräfte attraktiver werden, bspw. durch eine Steuerenkung für den Mittelstand. Auch die Bürokratie, sowohl für Privatpersonen als auch für die Wirtschaft, muss schnell runter. Dann schaffen wir es nämlich auch in unsere Industrie, bspw. im Maschinenbau, wieder zu alter Stärke zu finden. Im Bereich der Automobilwirtschaft sollte sich die Politik mit Vorgaben zurückhalten und umgekehrt die Autobauer sich nicht von Märkten in autokratischen Systemen abhängig machen. Dasselbe gilt für die Energiewende, mit der wir es schaffen können, uns von Abhängigkeiten zu lösen und als Europa eigenständiger zu werden, bspw. durch einen europäischen Strommarkt. Zuletzt ist der Wohnungsbau die soziale Frage unserer Zeit. Um wieder mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, müssen einige baurechtliche Vorschriften gestrichen und gleichzeitig der Erwerb von Eigentum attraktiver gemacht werden.

Roderich Kiesewetter, CDU-Abgeordneter für den Wahlkreis Aalen – Heidenheim

Ich möchte mich für eine zukunftsfähige Region Ostwürttemberg einsetzen, die die Lebensqualität für die Menschen vor Ort verbessert. Für die Zukunft von Ostwürttemberg benötigen wir den langfristigen Erhalt von Industriearbeitsplätzen, sinkende Energiepreise, Bürokratieabbau und verstärkte Investitionen, die unter anderem auch Innovation fördern. Darüber hinaus muss die öffentliche Infrastruktur ausgebaut werden. Hierzu gehört sowohl im Personennahverkehr der Erhalt der IC-Strecke Nürnberg-Stuttgart und die Stärkung der Remsbahn, wie auch der Anschluss an einen konkurrenzfähigen und flexiblen Güterverkehr sowie eine flächendeckende medizinische Versorgung im ländlichen Raum. Zudem ist der Bau von mehr bezahlbarem Wohnraum im östlichen Württemberg eine Grundvoraussetzung für den sozialen Zusammenhalt und Erhalt von Arbeitskräften in der Region.

Unser gemeinsames Ziel ist die Modernisierung unserer Wirtschaft, um den klimaneutralen Wohlstand der Zukunft bei uns in Ostwürttemberg und in ganz Deutschland zu sichern. Wir stehen hier im direkten Wettbewerb unter anderem mit China und den USA, die ihre Wirtschaft mit voller Kraft auf die klimaneutralen Märkte ausrichten. Um in diesem Wettbewerb zu bestehen, bedarf es einer gemeinsamen Kraftanstrengung in allen Bereichen. In Ostwürttemberg machen sich Politik, Arbeitgeber und Arbeitnehmer bereits auf den Weg, um die Modernisierung erfolgreich voranzutreiben. Der Bund muss diese Entwicklungen flankieren, mit guten Gesetzen und mehr Investitionen. Wir wollen die Industrien vor Ort für die klimaneutrale Produktion fit machen, KMUs fördern, in die Infrastruktur und Daseinsvorsorge investieren, und so das wirtschaftliche Fundament des Landes sichern. Das gelingt uns, wenn der Staat seiner Verantwortung gerecht wird und die strukturellen Missstände der letzten Jahrzehnte auflöst. Hier liegt mir insbesondere die Stärkung unseres Bildungssystems und die Förderung von Fachkräften am Herzen. Aus meinem Wahlkreis Backnang – Schwäbisch Gmünd höre ich immer wieder, dass die benötigten Fachkräfte und Auszubildenden fehlen, um Unternehmen zukunftsfest aufzustellen. Mit dem deutschen Berufsbildungssystem haben wir ein starkes Fundament für die wirtschaftliche Stärke des Landes geschaffen. Das müssen wir stärken und ausbauen und mit entsprechenden Fort- und Weiterbildungsangeboten auf die Jobs der Zukunft ausrichten. Außerdem gilt es, attraktive Angebote für qualifizierte Einwanderung sicherzustellen sowie mit einem großen Zukunftsinvestitionsprogramm Bildung für mehr Chancen- und Generationengerechtigkeit im Bildungswesen zu sorgen.

Ricarda Lang, Grünen-Abgeordnete für den Wahlkreis Backnang – Schwäbisch Gmünd



OSTWÜRTTEMBERG MEETS BERLIN

Wir machen Zukunft

DIE ZU[KUNFTS]
LIEFERER



Wirtschaftsregion mit herausragenden Stärken

IN OSTWÜRTTEMBERG WIRD HISTORISCH GEWACHSENES KONSEQUENT AUF VERÄNDERTE GLOBALE ANFORDERUNGEN ANGEPA SST, UM EINE ZUKÜNFTIGE PROSPERITÄT ZU SICHERN.

Ostwürttemberg wirtschaftlich mit einer Lupe betrachtet: Starker Zusammenhalt und eine kollektive Lösungsorientiertheit von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft fallen hierbei sofort ins Auge. Ostwürttemberg hat heute mit rund 190.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten den höchsten Industrialisierungsgrad seiner Geschichte erreicht. Gerade in den vergangenen drei Dekaden hat sich die Region wirtschaftlich zu dem entwickelt, was sie ausmacht: wirtschaftlich stark, mit intakter Natur und hohem Wohlfühlfaktor. Eine Raumschaft, die sich hinter den Metropolre-

Region der Talente und Patente

gionen Europas keinesfalls verstecken muss. Zusammenhalt hat in Ostwürttemberg ein breites Fundament. 1995 hat sich die Region aufgemacht, wirtschaftlich aufzuholen. Die damals propagierte und 2005 fortgeschriebene Zukunftsinitiative Ostwürttemberg hat Wirkung für Wirtschaft und Wissenschaft gezeigt. An einem Strang ziehen - und das in dieselbe Richtung. Diese Prämisse gilt seither unter den 450.000 Einwohnern und ihren Entscheidungsträgern. Der „Raum für Talente und Patente“, wie sich die Region seit 2004 nennt, ist keine leere Worthülse. Dieser Slogan wird mit Leben erfüllt: Seit 2001 wird jährlich ein Innovationspreis verliehen, 2011 wurde die Fachkräfteallianz initiiert, aus der 2013 das Label „Erstaunliches Ostwürttemberg“ hervorging. Wirkungsvolles Netzwerken hat hier Methode.

2021 hat die Region den nächsten Beschleuniger gezündet. Mit der Offensive „Zukunft Ostwürttemberg“ wurden die aus der Transformation resultierenden Herausforderungen analytisch und zielstrebig angegangen. Am daraus hervorgegangenen Masterplan 2030 wird konsequent gearbeitet. Im Transformationsnetzwerk – ein Ergebnis der Offensive - werden Unternehmen tatkräftig bei ihren

Veränderungsprozessen unterstützt. Die zweitägige Präsentation in der Landesvertretung in Berlin hat weitere Impulse für die Umsetzung des Masterplans geliefert.

Die Region Ostwürttemberg verfügt über gut entwickelte Industriecluster. Aufgrund der starken Innovationskraft des hier traditionell ansässigen, leistungsstarken und häufig familiengeführten Mittelstandes sowie der engen Verzahnung von Unternehmen, Wissenschaft und Politik nimmt die Region eine der vorderen Positionen in der deutschlandweiten Patentstatistik ein. Die wichtigsten Cluster sind der Maschinen-, Anlagen- und Werkzeugbau, der Automotive-Sektor, aber auch die Querschnitts-Technologiebranchen Photonik oder Oberflächentechnologien. Der Wissenstransfer zwischen den Hochschulen, Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen und Unternehmen wird in den Clusterinitiativen bei gemeinsamen Projekten und Netzwerkveranstaltungen regelmäßig und konsequent beschleunigt. Um die Zukunftsfähigkeit zu erhalten, bedarf es inmitten der vierten industriellen Revolution eine hohe Innovationsgeschwindigkeit gepaart mit motivierten Arbeitskräften – diese Challenge nimmt Ostwürttemberg an.

190.000 Beschäftigte

Die Hochschule Aalen, die Duale Hochschule (DHBW) in Heidenheim, die Pädagogische Hochschule (PH) Schwäbisch Gmünd sowie die Hochschule für Gestaltung in Schwäbisch Gmünd (HfG) haben sich - in enger Symbiose mit der regionalen Wirtschaft - auf die Bedürfnisse einer sich rasant weiterentwickelnden Wirtschaft eingestellt. Neue Studiengänge wurden passgenau konzipiert, um junge Menschen für wirtschaftliche Trends rechtzeitig zu interessieren. Starke Weiterbildungseinrichtungen tragen dazu bei, dass berufs begleitende Qualifizierung auf höchstem Niveau möglich ist. Junge Menschen sollen noch ziel-



gerichteter und häufiger ans Unternehmertum herangeführt und zur Gründung eines eigenen Unternehmens animiert werden.

Lebenslanges Lernen wird durch die Zukunftsoffensive zum gesellschaftlichen Konsens. Die „EULE - Werkstatt junger Forscher“ steht in Schwäbisch Gmünd seit 2014, im Jahr 2017 wurde das explorhino Science Center auf dem Aalener Hochschulcampus fertig, in Ellwangen wächst die Europäische Ausbildungs- und Transferakademie (EATA) heran. 2025 geht in Aalen ebenfalls auf dem Hochschulcampus der Digital Innovation Space (DIS) an den Start: Dort werden Künstliche Intelligenz, Maschinelles Lernen und Datensicherheit zugänglich gemacht für Unternehmen und die Menschen aus der Region.

Weitere Forschungseinrichtungen wurden an der Hochschule Aalen angesiedelt. Das Zentrum Technik für Nachhaltigkeit (ZTN) befasst sich mit der Ressourcenschonung. Am Zentrum innovativer Materialien und Technologien für effiziente elektrische Energiewandler-Maschinen (ZIMATE) steht die Erforschung neuer Funktions- und Leichtbauwerkstoffe sowie Fertigungstechnologien zur Steigerung der Effizienz elektrischer Maschinen im Mittelpunkt.

Digitalisierung, Demografie und Dekarbonisierung. Ostwürttembergs Wirtschaft verändert auch künftig ihr Gesicht – wie seit 660 Jahren, als in Königsbronn inmitten Ostwürttembergs mit den Schwäbischen Hüttenwerken das älteste bis heute existierende Industrieunternehmen etabliert wurde. Selbstbewusst, lösungsorientiert und mit innovativer Kraft nehmen die Akteure ihr wirtschaftliches Schicksal selbst in die Hand.

660 Jahre gelungener Wandel

Ostwürttemberg meets Berlin – Ein Rückblick

DIE REGION UND IHR SZENARIO FÜR DIE ZUKUNFT

Über zwei Tage hinweg haben die „Zukunftslieferer“ aus der Region der Talente und Patente in der Bundeshauptstadt ein kräftiges Ausrufezeichen gesetzt. Gut vorbereitet und mit großem Engagement ging es bei ihrer Präsentation unter dem Motto „Ostwürttemberg meets Berlin“ ausschließlich um Themen, die grundlegend dafür sind, die Herausforderungen der Transformation zu bewältigen. Das machte schon am ersten Tag der Heidenheimer Landrat Peter Polta in seiner Begrüßung zur nachmittäglichen Auftaktveranstaltung in der Landesvertretung Baden-Württemberg vor den mitgereisten Vertretern aus den regionalen Unternehmen und der Kommunal- und Regionalpolitik sowie bereits etlichen Gästen aus Berlin deutlich. „Wir wollen nichts weniger als Sie von unserer Region und unserem Szenario für die Zukunft begeistern“, sagte Polta. Die Betriebe und Unternehmen seien als Zugpferd der Wirtschaft der Region auf Planbarkeit und Verlässlichkeit angewiesen. „Hintergedanke ist, dass Sie alle überzeugt werden, unsere Region zu unterstützen“, ließ Polta keinen Zweifel an der Absicht der ostwürttembergischen Berlin-Mission.

PIONIERGEIST UND BODENHAFTUNG

Welchen Wert die Region auch für einen Weltkonzern darstellt, das unterstrich der Vorstandsvorsitzende der Carl Zeiss AG, Dr. Karl Lamprecht, in seinem kurzweiligen Impulsvortrag „Pioniergeist und Bodenhaftung – Erfolgsfaktoren von Wirtschaft und Region“. „Man muss bescheiden bleiben, Demut haben und darf sich vom Erfolg nicht blenden lassen“, sagte Lamprecht. Ebenso brauche es die Überzeugung, dass ohne Fleiß und harte Arbeit gar nichts gehe. In Ostwürttemberg, so der Zeiss-Chef, seien viele dieser Eigenschaften vorhanden. Eigenschaften, die auch die

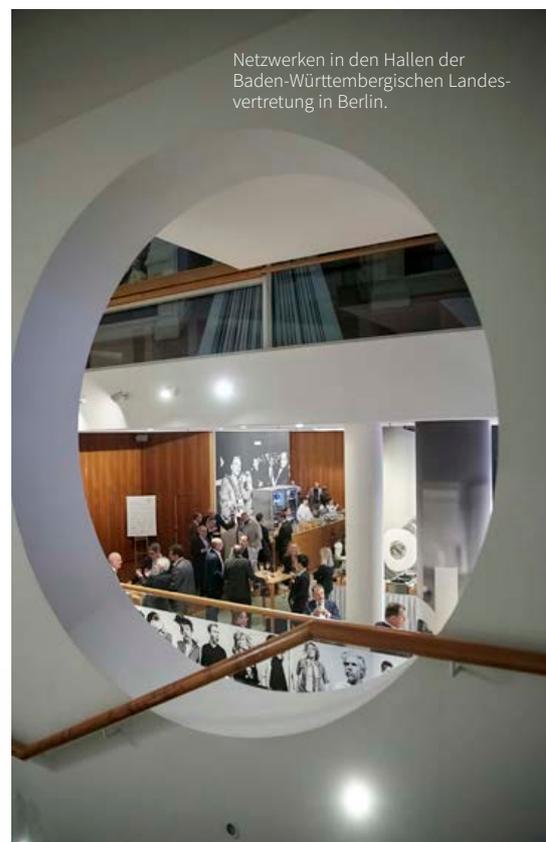
Unternehmensgeschichte von Zeiss und die Entwicklung des Konzerns bis heute prägten. „Für uns ist es daher sehr wichtig, für die Region Flagge zu zeigen“, sagte Lamprecht. Ostwürttemberg sei ein „fruchtbarer Boden und ein Top-Standort“ für Zeiss, weil hier Entwicklung und Produktion nahe beieinander sein könnten. Hinzu käme eine enge Vernetzung mit Wissenschaft und Hochschulen. All dies bedinge ein großes Standortbekenntnis von Zeiss zur Region Ostwürttemberg.

EXPERTEN UND IMPULSGEBER

Wichtigster Bestandteil dieses Nachmittags in Berlin waren im Anschluss die Expertendialoge zu fünf zentralen Themenfeldern der Transformation und einer gelingenden unternehmerischen Zukunft für Ostwürttemberg. Knapp zwei Dutzend Impulsgeber bereicherten die über verschiedene Räume in der Landesvertretung verteilten Expertendialoge, in denen konkrete Themen und Projekte aufgegriffen wurden, die Ostwürttemberg auch in Zukunft besonders leistungsstark und zur Modellregion für Transformation machen sollen. Die Expertendialoge waren mit den Themen „Energiewende & Wasserstoff“, „Wohnungsbau & Infrastruktur“, „Forschung, Technologie & Bildung“, „Fachkräfte & Wohlstand“ sowie „Transformation der Automobilwirtschaft & Industrie“ überschrieben. Über die detaillierten Inhalte der fünf Expertendialoge berichtet diese Sonderausgabe ausführlich ab Seite 18.

DIE ZWISCHENBILANZ

Ostalb-Landrat Dr. Joachim Bläse war es danach vorbehalten, vor dem Plenum dieses Nachmittags ein erstes Zwischenresümee zu ziehen. Der Verlauf der Expertenrunden habe



deutlich gemacht: „Wir müssen uns selbst auf den Weg machen, aber wir kommen ohne Unterstützung auf allen Ebenen schnell an unsere Grenzen.“ Bläse arbeitete deshalb, wie er es nannte, „drei Kernbotschaften und zwölf konkrete Unterstützungswünsche“ aus den Expertendialogen an die Politik heraus.

Erstens müsse die Bundesregierung in ihrer Transformationspolitik einen viel stärkeren Fokus auf Forschung und Innovation legen. Die Photonik, die Materialforschung und die Batterieforschung als Schlüsseltechnologien bräuchten eine verlässliche Förderstrategie. Zudem müsse die Forschungsförderung, so Bläse, auch Startups „mitdenken“ und sich stärker auch am Mittelstand orientieren. Und angesichts der möglicherweise drohenden Einstellung der gezielten regionalen Strukturförderung durch die EU müsse die Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur künftig als gemeinsame Bund-Länder-Aufgabe im Sinne des Grundgesetzes verankert werden.

Zweitens, so Bläse weiter, müsse auch die Infrastruktur der künftigen Energieversorgung viel stärker als bisher in den Blick genommen werden. Wettbewerbsfähige Energiekosten und eine tragfähige Infrastruktur seien eben-



Dr. Karl Lamprecht, Vorstandsvorsitzender der Carl Zeiss AG, bei seinem Impulsvortrag.

Bundesbauministerin Klara Geywitz lobte die Region Ostwürttemberg bei ihrem Impulsvortrag.

so notwendig wie ein neues System einer fairen Kostenverteilung bei den Nutzungsentgelten. Und schließlich bräuchten die Unternehmen dringend Planungssicherheit bei der Umsetzung eines leistungsfähigen Wasserstoffnetzes.

Die dritte Kernbotschaft Bläses lautete: „Wir müssen die Themen Fachkräfte und Wohnen zusammen denken.“ Alle Initiativen zur Förderung des Wohnraumbaus, wie sie auch in Ostwürttemberg gestartet worden seien, bräuchten staatlicherseits mehr finanzielle Förderung und Unterstützung. Die Hürden bei der Beschäftigung internationaler Fachkräfte müssten abgebaut werden, ebenso brauche auch der ländliche Raum ein leistungsfähiges ÖPNV- und Mobilitätsnetz, was ebenfalls mehr Unterstützung erfordere. Und Bläse konkret mit Blick auf die Brenzbahn: „Wir setzen auf die Schiene, dann muss aber auch die Finanzierung gesichert sein. Es kann nicht sein, dass die kommunale Ebene bei der Schiene immer mehr finanzieren muss.“

DER ABEND

Im Mittelpunkt der Abendveranstaltung in der baden-württembergischen Landesvertretung standen der Besuch der Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, Klara Geywitz (SPD), sowie eine „Talkrunde der Vordenker und Innovatoren Ostwürttembergs“, wie es im Programm hieß, mit der ARD-/SWR-Journalistin Hendrike Brenninkmeyer als Moderatorin. Vor rund 200 Vertretern aus Unternehmen und Wissenschaft aus Ostwürttemberg, Bundes- und Landespolitikern sowie Vertretern von Verbänden machte IHK-Präsident Markus Maier in seiner Begrüßung deutlich: „Wir haben hier im politischen Berlin eine Mission zu erfüllen – klar strukturiert und gründlich erarbeitet.“ Es gehe darum, die Anliegen vorzubringen, die sich aus der 2021 gemeinschaftlich gestarteten Offensive „Zukunft Ostwürttemberg“ und dem daraus resultierenden Masterplan 2030 für die Region ergeben hätten. Eines der Schlüsselthemen sei dabei der Wohnungsbau, sagte



Maier mit Blick auf die Ministerin. „Für unsere Mitarbeiter sind leben, wohnen und arbeiten nicht zu trennen.“

LOB VON DER BAUMINISTERIN

Bauministerin Klara Geywitz hatte zu Beginn ihres Auftritts gleich mal viel Lob im Gepäck: Ostwürttemberg, das sei ein Biotop, in dem die Wirtschaft gedeihe und das nicht eindimensional sei – „daher ist es großartig, dass Sie heute hier sind“. Und eines der schönsten Wohnprojekte, die sie in letzter Zeit erlebt habe, seien die jüngst eingeweihten Fehrl-Gärten in Schwäbisch Gmünd. Auch in Ostwürttemberg, so die Ministerin weiter, sei bezahlbarer Wohnraum zu einem echten Standortfaktor geworden. Und auch hier sei die Sanierung des Bestands an Altfwohnungen inzwischen „ein Riesenthema“.

Geywitz kündigte an, ihr Haus werde im Bürgerlichen Gesetzbuch absichern, dass man sich beim Bauen nicht mehr an alle einschlägigen DIN-Normen halten müsse und dass dies juristisch dann nicht mehr als Baumängel gelte. Außerdem wolle sie die Planungs- und Genehmigungsprozesse beim Wohnungsbau ebenso beschleunigen wie die Umsetzung mit modularen Elementen, etwa in der Kombination mit Holz für einen seriellen Wohnungsbau.

DIE TALKRUNDE

Warum sind Britta Fünfstück, die Vorsitzende des Vorstands der Heidenheimer Paul Hartmann AG, Prof. Dr. Holger Kaßner, der Chef des Gmünder Forschungsinstituts Edelmetall und Metallchemie, Susan Breitkopf, Vorstandsmitglied für Transformation und Arbeitsdirek-

torin der Carl Zeiss AG, Holger Sanwald, der Vorstandsvorsitzende des 1. FC Heidenheim, sowie der Rektor der Hochschule Aalen, Prof. Dr. Harald Riegel, „Vordenker und Innovatoren“ Ostwürttembergs? Das versuchte die TV-Journalistin Hendrike Brenninkmeyer, vielen bekannt unter anderem als Moderatorin der SWR-Sendung „Marktcheck“, zum Abschluss in einer unterhaltsamen Talkrunde herauszufinden. Die Besucher im großen Saal der Landesvertretung erfuhren dabei unter anderem, dass der Unternehmenserfolg auch an dem für die Region typischen Zupacken liege (Fünfstück), dass in der „Halbleiterei“ ohne Zeiss gar nichts gehe (Breitkopf), dass die Stärken der Region, nämlich Ehrlichkeit, Resilienz und Innovationskraft, auch zur Erfolgsrezeptur des 1. FC Heidenheim gehören (Sanwald) oder dass ein Student der Aalener Hochschule mit dem Verkauf seiner Anteile an einem Startup-Unternehmen einmal zum Millionär geworden sei, noch ehe er seine Bachelor-Arbeit geschrieben hatte (Riegel). Es ging aber auch um echte Sorgen und Probleme wie die Flut an Regularien, welche die Unternehmen „ersticke“ (Fünfstück), oder das sogenannte „Besserstellungsverbot“, nach dem ein Zuwendungsempfänger, der seine Ausgaben überwiegend mit Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln bestreitet, seine Beschäftigten nicht besserstellen darf als vergleichbare Angestellte des Zuwendungsgebers. Das gefährde möglicherweise 15 seiner Mitarbeiter und sei deprimierend, sagte Kaßner.

Reichlich Gesprächsstoff boten die Themen des ersten Berlin-Tags der Region Ostwürttemberg dann beim Abendempfang im Foyer der Landesvertretung, unter anderem bei Gaisburger Marsch, Maultaschen und Alblinsen. Unter den rund 200 Gästen waren auch der stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, der Konstanzer Bundestagsabgeordnete Andreas Jung, die scheidende Grünen-Bundesvorsitzende Ricarda Lang sowie der jüngst zum Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank avancierte langjährige FDP-Politiker Michael Theurer. Der Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Aalen-Heidenheim, Roderich Kiesewetter (CDU), musste den Saal allerdings frühzeitig verlassen. Er stellte sich anschließend im Fernsehen noch live den Fragen von „Tagesthemen“-Moderatorin Jessy Wellmer.



Moderatorin Hendrike Brenninkmeyer mit ihren Talk-Gästen.

DIE MODELLREGION FÜR EINE ERFOLGREICHE TRANSFORMATION

Pünktlich und zeitig startete für die Reisegruppe aus Ostwürttemberg der zweite Tag ihrer Berlin-Mission. Während sich der weitaus größere Teil direkt zum Haus der Deutschen Wirtschaft in der Breite Straße aufmachte, wo die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) ihren Sitz hat, führte der Weg für die beiden Landräte, die mitgereisten Oberbürgermeister, den IHK-Hauptgeschäftsführer und das Presseteam der IHK zunächst zum Domizil der Bundespressekonferenz am Berliner Schiffbauerdamm. Rechtzeitig zum Eintreffen von Wirtschaftsstaatssekretärin Dr. Franziska Brantner waren dann wieder alle im großen Franz-von-Mendelssohn-Saal bei der DIHK vereint.

Zwar blieb der aus dem Fernsehen weithin bekannte große Konferenzsaal der Bundespressekonferenz an diesem Vormittag der Präsentation der neuen Shell-Studie vorbehalten, die Botschaften eine Etage drunter, in einem der Konferenzräume im Erdgeschoss, waren zumindest für die Region Ostwürttemberg indes nicht weniger gewichtig.

WELTMARKTFÜHRER UND PATENTE

Ostwürttemberg als ältester Industriestandort in der drittgrößten Industrienation der Welt verstehe sich als Modellregion für eine erfolgreiche Transformation, sagte der Hauptgeschäftsführer der IHK, Thilo Rentschler, der durch die Pressekonferenz führte. Er verwies vor den Medienvertretern nicht nur auf 16 Weltmarktführer, die in der Region ihren Sitz haben, Ostwürttemberg könne mit weiteren Besonderheiten wie einer hohen Patentdichte glänzen. Die Schlüssel für künftigen wirtschaftlichen Erfolg sind laut Rentschler eine starke Forschung und Entwicklung, eine durchgängige und qualitative Bildung und Qualifizierung, eine funktionierende Infrastruktur und eine Energieversorgung, die sicher, stabil und bezahlbar sei, sagte Rentschler.

Der Heidenheimer Landrat Peter Polta stellte dar, warum Energiekosten, zuverlässige Energieversorgung und Planungssicherheit in Energiefragen entscheidende Wettbewerbsfaktoren für die industriell geprägte Region Ostwürttemberg sind. „Wir haben bereits viele Vorleistungen gemacht, jetzt müssen andere liefern“, sagte Polta und nannte etwa die von der Bundesregierung beschlossene Einstellung der Förderprogramme für elektrisch betriebene Nutzfahrzeuge und für alternative Antriebe von Bussen im Personenverkehr das falsche Signal. Und beim Thema Wasserstoff seien viele Unternehmen in Ostwürttemberg



Sechs wichtige Vertreter der Region Ostwürttemberg in den Räumlichkeiten der Bundespressekonferenz.

in Wartestellung. Komme der Bau der Süddeutschen Erdgasleitung (SEL) als Wasserstoff-Pipeline nicht rechtzeitig, kämen auch die Investitionen der Unternehmen nicht, ließ Polta keinen Zweifel.

LUST AUF TRANSFORMATION

„Wir haben richtig Lust auf Transformation und darauf, uns dem Wandel zu stellen“, sagte der Gmünder Oberbürgermeister Richard Arnold. Ostwürttemberg habe viele „Trümpfe und Sterne“ in der Hand und wolle weiterhin Industriestandort bleiben. Deshalb habe die Region ein starkes Interesse daran, dass die neuen und alternativen Energien schnell hier ankommen und funktionieren.

Welche hohe Bedeutung die richtige Vernetzung von Bildung, Forschung und Unternehmen – und das auf möglichst kurzen Wegen – hat, machte Ostalb-Landrat Dr. Joachim Bläse deutlich. Er verwies unter anderem auf eine Bündelung höchster Kompetenz in der Region bei der Schlüsseltechnologie Photonik, wofür die Firmen Zeiss und Hensoldt und der neu entstehende Standort Oberkochen des Fraunhofer-Instituts für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung IOSB stünden. Gleichzeitig warnte Bläse: Steige etwa Deutschland, wie beschlossen, aus der Batterieforschung aus, werde diese sich in andere Kontinente verlagern. Und für den Mittelstand sei es nach wie vor sehr schwer, an Forschungsmittel zu kommen. „Wer viel leistet, gehört beim Wandel genauso unterstützt wie andere“, lautete Bläses Forderung hierzu.

FÖRDERPROGRAMME IN VERSCHIEDENEN BEREICHEN

Beim Thema Fachkräftegewinnung nannte

der Ellwanger Oberbürgermeister Michael Dambacher bereits laufende regionale Anstrengungen wie die Fachkräfteallianz oder die Europäische Ausbildungs- und Transferakademie für junge Erwachsene (EATA) in Ellwangen. Ohne entsprechende Zuwanderung aus dem Ausland werde es in Ostwürttemberg nicht genügend Fachkräfte geben, sagte Dambacher. Zugleich sei es nötig, mit geförderten Programmen auch die vorhandenen Fachkräfte für neue Anforderungen weiterzubilden und zu qualifizieren.

Zum Erhalt der Wirtschaftskraft in Ostwürttemberg gehörten auch die richtigen Weichenstellungen beim Wohnungsbau, sagte Heidenheims Oberbürgermeister Michael Salomo. Er verwies auf die bereits angestoßenen gemeinsamen Anstrengungen in der Region. Um Erfolge zu erzielen, bedürfe es aber politischer Entscheidungen. Neben der schon beschlossenen Erhöhung der Fördermittel des Bundes auf 3,5 Milliarden Euro seien in Baden-Württemberg ebenfalls zusätzliche Mittel für den Wohnungsbau notwendig, forderte der Heidenheimer OB. Ebenso steuerliche Anreize für Unternehmen, die sich beim Bau von Mitarbeiterwohnungen engagieren.

DER FAKTOR ZEIT

Die Frage aus den Reihen der Medienvertreter, wie viel Zeit denn für die Erfüllung aller Wünsche und Forderungen an die Politik bleibe, beantwortete Thilo Rentschler unmissverständlich: „Zeit haben wir keine zu verlieren.“ Die Wasserstoff-Pipeline in die Region etwa müsse bis 2027 – so lange ist die Planfeststellung gültig – stehen, und ohne neue Umspannwerke und Trafostationen werde der grüne Strom nicht ins Netz kommen. Richard Arnold machte deutlich, wie wichtig



Dr. Franziska Brantner vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz.

es auch für die Region sei, den Rhythmus der politischen Entscheidungen aufzunehmen. „Wir müssen zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort sein“, sagte Arnold, etwa wenn es um die Fortschreibung von Förderkulissen auf europäischer Ebene gehe.

Parallel zum Auftritt der Region im Haus der Bundespressekonferenz erhielten die Gäste aus Ostwürttemberg im Haus der DIHK sozusagen Informationen aus erster Hand zur aktuellen Wirtschaftspolitik von hochkarätigen Experten. Dr. Rainer Kambeck ist Bereichsleiter Wirtschafts- und Finanzpolitik, Mittelstand bei der DIHK, Freya Lemcke die Leiterin der DIHK-Vertretung bei der EU in Brüssel. Der dritte Referent und Gesprächspartner war Dr. Sebastian Bolay, Bereichsleiter Energie, Umwelt und Industrie der DIHK. Moderiert wurde der Vormittag von Dr. Ilja Nothnagel, Mitglied der Hauptgeschäftsführung der DIHK.

WETTBEWERB UM RASCHE ENTSCHEIDUNGEN

Pünktlich stieß dann die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Dr. Franziska Brantner (Grüne), zu den Besuchern von der Ostalb. Die aus Baden-Württemberg stammende Politikerin, die auch als mögliche neue Bundeschefin ihrer Partei gilt, kam schnell und mutig zur Sache: „Wir brauchen eine Föderalismus-Reform“, forderte sie. Sieben Ebenen, vom Gemeinderat bis zur EU, seien im internationalen Wettbewerb für rasche Entscheidungen nicht mehr machbar, meinte sie.

Und Brantner warf in dem sich rasch anschließenden Austausch weitere kritische Blicke auf die aktuellen Gegebenheiten. „Kein anderes EU-Land hat die Datenschutzgrundverordnung so umgesetzt wie Deutschland – das kann man auch wieder rückgängig machen“, sagte sie. Um an anderer Stelle festzustellen:

„Wenn wir keine Produktivitätssteigerung hinkriegen, müssten pro Jahr 400.000 Fachkräfte nach Deutschland einwandern.“

Auch hier sprach Thilo Rentschler die große Notwendigkeit der rechtzeitigen Versorgung Ostwürttembergs mit Wasserstoff an. Brantner sah die Situation für Baden-Württemberg allerdings eher gelassen: Im besten Falle, so meinte sie, stünden für den Südwesten einmal Wasserstoffzuflüsse aus drei Hauptrichtungen zur Verfügung: aus dem Norden Deutschlands, aus Frankreich und aus Italien.

DRAMATISCHE SITUATION

Ohne Umschweife, mit klaren und deutlichen Worten, so erlebten die Besucher aus Ostwürttemberg den Auftritt von DIHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Martin Wansleben, der spontan in die große Runde mit Brantner gestoßen war. „Die Unterschiede zwischen der Bundes- und der Europapolitik und der Wirklichkeit in unseren Betrieben werden immer größer“, sagte Wansleben. Und: „Die Situation ist dramatisch.“ Dramatischer, als sie öffentlich wahrgenommen werde. Die deutsche Industrie, so Wansleben weiter, baue derzeit fundamental ab, derweil lebe die Politik lediglich von einer „Scheinblüte des Arbeitsmarkts“.

Als ein Beispiel für die aus seiner Sicht alles andere als guten Zustände im Land nannte Wansleben die Infrastruktur. Viele Brücken seien bereits vor 30 Jahren abgeschrieben gewesen. „Und jetzt wundert sich die ganze Republik, wenn eine Brücke zusammenbricht. Man könnte die Wände hochlaufen!“ Und viele Gesetze aus Berlin und Brüssel seien viel zu ideologisch und viel zu wenig pragmatisch in der Anwendung. „Was nicht klappt, ist die Transformation von der Politik in die Werkshalle in Heidenheim“, sagte Wansleben.

BESSERE VERZÄHNUNG

Eher spontanen Charakter hatte schließlich auch der Besuch des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Digitales und Verkehr, Dr. Gero Hocker (FDP). Erst seit drei Wochen im Amt, nannte er als eines seiner Hauptanliegen, die verschiedenen Verkehrsträger noch viel besser miteinander zu verzahnen. Und auch er warf einen kritischen Blick auf die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland. „Wir sind Mobilitäts- und Logistikkreuzung in Europa“, dem sei ein derartiger Investitionsstau alles andere als zuträglich. Immerhin setze die momentan laufende Korridorsanierung der Riedbahn zwischen Mannheim und Frankfurt das Signal, dass man sich aufmache, diesen Investitionsstau abzarbeiten.

Nach dem Besuch bei der DIHK machten sich die rund 80 Besucherinnen und Besucher aus Ostwürttemberg mit einer Flut an Inhalten und Informationen im Hinterkopf nach zwei spannenden Tagen in der Bundeshauptstadt wieder auf den Heimweg. Wohlwissend, dass nach Berlin auch vor vielen weiteren Aktionen und Missionen sein wird, um eine starke Region auch weiterhin stark zu erhalten.

Unser Dank gilt der Deutschen Industrie- und Handelskammer für die gute Zusammenarbeit und die Möglichkeit, Gast in Berlin zu sein.

DIHK



Dr. Ilja Nothnagel, Dr. Martin Wansleben (beide DIHK) und Dr. Franziska Brantner.

OSTWÜRTTEMBERG MEETS BERLIN

Expertendialoge

DIE ZU[KUNFTS]
LIEFERER



Die Weichen werden jetzt gestellt



Franka Zaneck, Direktorin des Regionalverbands Ostwürttemberg, leitete gemeinsam mit Landrat Peter Polta den Expertendialog.

Der Expertendialog, bei dem sich alles um die Notwendigkeit eines künftig gut funktionierenden, durchdachten sowie bezahlbaren und technologieoffenen Energiesystems drehte, war hochkarätig wie zahlenmäßig gut besetzt. Zu den Vertretern aus Ostwürttemberg gesellten sich Bundestagsabgeordnete sowie Gäste aus namhaften Organisationen. Andreas Jung, stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU und klima- und energiepolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hatte sich für einen kurzen zusätzlichen Impuls angeboten.

Der Heidenheimer Landrat Peter Polta stellte in seiner Einführung dar, warum bezahlbare Energiekosten, eine zuverlässige Energieversorgung und die Planungssicherheit in Energiefragen entscheidende Wettbewerbsfaktoren für die industriell geprägte Region Ostwürttemberg sind. „Wir haben bereits viele Vorleistungen erbracht, jetzt müssen andere liefern. Das werden die folgenden Impulse aus den Unternehmen der Region zeigen“, sagte Polta. Er nannte etwa die von der Bundesregierung beschlossene Einstellung der

Förderprogramme für elektrisch betriebene Nutzfahrzeuge und für alternative Antriebe von Bussen im Personenverkehr das falsche Signal.

Und beim Thema Wasserstoff seien viele Unternehmen in Ostwürttemberg in Wartestellung. Komme der Bau der Süddeutschen Erdgasleitung (SEL) als Wasserstoff-Pipeline nicht rechtzeitig, kämen auch die Investitionen der Unternehmen nicht, ließ Polta keinen Zweifel. Netzübergabepunkte, eine Konkretisierung des Verteilnetzes mit Anbindung von Ankerkunden müsse rasch festgezurret werden. Er erwähnte dabei das HyExpert Projekt, die H₂NOW-Förderung zur Verfeinerung des Wasserstoffnetzes sowie die frühzeitige Wasserstoff-Bedarfsabfrage und die erste Wasserstoff-Tankstelle in der Region, eine weitere komme hinzu. „Innerhalb der Zukunftsoffensive ist das Ziel klar benannt: Wir wollen Wasserstoffregion werden“, sagte Polta. „Doch ohne Förderung von Land und Bund kann die Region die Investitionen nicht stemmen.“ Er bemängelte zudem eine fehlende bzw. zu geringe Strukturförderung im Land. Polta: „Auch noch Starke benötigen Hilfen, um stark zu bleiben.“

WEITERE ZUKUNFTSPROJEKTE

Als weiteres Handlungsfeld hat Landrat Peter Polta ausgemacht: Ostwürttemberg ist bereits heute starker und überdurchschnittlicher Produzent von erneuerbarem Strom. Dieser muss ins Netz gebracht werden, was hohe Investitionen in Leitungen, Speichermöglichkeiten oder Trafos bedingt. Dafür müsse ein neues System von Netznutzungsentgelten entwickelt werden. „Die Region, ihre Kommunen, Unternehmen und weitere gesellschaftliche Akteure haben gemeinsam Zukunftsprojekte auf den Weg gebracht, die weiterbearbeitet werden“, sagte der Landrat. Zugleich bieten sich bei den Erneuerbaren Energien spannende Marktchancen, wenn die Rahmenbedingungen dafür richtig geschaffen

werden. „Wir stehen zum Ziel eines stärkeren Ausbaus erneuerbarer Energien. Dazu haben wir ebenfalls notwendige Vorarbeiten getätigt“, sagte Franka Zaneck, Regionalverbandsdirektorin in Ostwürttemberg, die gemeinsam mit Peter Polta den Expertendialog leitete. Franka Zaneck erwähnte dabei die regionale Planungsoffensive zum Ausbau erneuerbarer Energien. Das Land Baden-Württemberg sowie die Region Ostwürttemberg hätten zwei Jahre vor dem Bund damit angefangen und sind somit Vorreiter beim Ausbau Erneuerbarer Energien.

Franka Zaneck sprach die Sektorenkopplung bei Strom, Wasserstoff und Wärme an, die ein sehr wichtiger Aspekt sei. „Wir brauchen hier eine Förderung und müssen Regulierungshemmnisse heben.“ Enorme Netznutzungsentgelte träfen die Wirtschaft sowie die Bürgerinnen und Bürger mit voller Wucht. Die steigenden Energiekosten gefährdeten den wirtschaftlichen Wohlstand. „Energiekosten und die zuverlässige Energieversorgung sowie die Planungssicherheit von Investitionen bei Unternehmen und Kommunen sind



Peter Polta, Landrat des Landkreises Heidenheim, leitete den Expertendialog Energiewende und Wasserstoff.



Tobias Weber von Voith Turbo (rechts) war Impulsgeber des Expertendialogs.



entscheidende Wettbewerbsfaktoren“, fasste Zaneck zusammen.

Dann leiteten die beiden Moderatoren auf die Impulsgeber über. Mit den vier Best-Practice-Beispielen sollen die Herausforderungen bei der Energiewende benannt werden. Gleichzeitig soll aber Mut gemacht werden, dass es zukunftsfähige Lösungen gibt und Wege zum Bewältigen aufgezeigt werden.

ALTERNATIVE ANTRIEBE – WERTSCHÖPFUNG VOR ORT

Tobias Weber, bei Voith Turbo in Forschung und Entwicklung tätig, berichtete von der Entwicklung alternativer Technologien für Mobilitätslösungen. 2000 Busse mit elektrischen

Antrieben seines Unternehmens seien bereits im Feldversuch im Einsatz. „Unser elektrisches Antriebssystem wurde zu einem Baukasten erweitert, beispielsweise wurde ein Ladesteuergerät integriert“, beschrieb Weber. In den Fokus stellte er jedoch das 2018 ins Leben gerufene Projekt, das die Wasserstoffnutzung für Langstrecken-Lkw möglich macht: „Plug & Drive“ besteht aus Tanks, Ventiltechnik, Elektronik und tragender Struktur. Wasserstoff wird mit 700 bar darin gespeichert. „Das sichert kurze Betankungszeiten und hohe Reichweiten“, sagte er. Mit Lkw-Hersteller MAN gebe es einen ersten Vertrag, eine Vorserie werde produziert.

Tobias Weber plädierte für eine Technologieoffenheit, da es keine Lösung gebe, die alle

Kunden gleichermaßen zufriedenstelle. „Technologien und Lösungen zur Dekarbonisierung von Nutzfahrzeugen sind heute bereits verfügbar. Unser Ziel ist, die Wertschöpfung für Wasserstofflösungen und klimaneutrale Antriebe vor Ort zu erhalten“, sagte Weber. Das Einstellen der Bundesförderung für Wasserstoff-Lkw sei dabei ein falsches Signal. Vielmehr sei ein Ausbau des H2-Tankstellen-Netztes notwendig. „Wir müssen die Systeme jetzt auf den Markt bringen. Wir wollen die Umsätze unserer neuen Systeme hochfahren. Wir brauchen dafür eine Förderung für H2-Lkw. Wasserstoff-Verbrenner könnten beispielsweise über eine Mautbefreiung gefördert werden“, konkretisierte Weber.

H2-READY: DIE MODERNSTE PAPIERFABRIK DER WELT

Für den erkrankten Dr. Wolfgang Palm, Geschäftsführer der Papierfabrik Palm in Aalen, stellte Erhard Zwettler, stellvertretender Bereichsleiter der IHK Ostwürttemberg, die Eckdaten der 2021 in Betrieb genommenen modernsten Papierfabrik für Wellpappenroh-papier vor. Die neue Papierfabrik ist mit zahlreichen Innovationen Vorreiter bei dünneren und damit nachhaltigeren Verpackungspapieren. Die Gasturbine zur Erzeugung von Dampf und Strom ist weltweit die erste einer vollständig neuen Generation. Sie kann anstelle von Erdgas bereits heute auch mit Wasserstoff betrieben werden. „Sobald Wasserstoff in ausreichender Menge zu wettbewerbsfähigen Konditionen zur Verfügung steht, kann Palm ohne weitere Investitionen Verpackungspapier aus 100 Prozent Altpapier vollständig karbonfrei herstellen“, erläuterte Zwettler.



Die Firma Palm wird ihre Gasturbine in der Produktion mit Wasserstoff betreiben, sobald dieser zur Verfügung steht. Foto: Palm



Sven Gläß von Schwenk Zement (links) gab einen Impuls zur klimaneutralen Produktion.



Eine zeitnahe Anbindung via SEL-Pipeline und Belieferung mit Wasserstoff zu einem wettbewerbsfähigen Preis – spätestens bis 2035 – sind notwendig, um die Produktion von Wellpappenroh papier klimaneutral zu gestalten. „Palm ist mit seiner Investition von über 500 Millionen Euro auf Wasserstoff vorbereitet. Zudem kann die moderne Kraftwerksturbin e der Papierfabrik helfen, das Stromnetz in Ostwürttemberg zu stabilisieren“, betonte Zwettler. Dies sei aber nur mit einer Zuleitung von (grünem) Wasserstoff möglich. Ohne Wasserstoff ist das Erreichen der Klimaneutralität sowie der Klimaziele nicht möglich. Erhard Zwettler: „Bis 2040 soll das Land klimaneutral sein. 16 Jahre bis dahin ist kein langer Zeitraum.“

CO₂-ABSCHEIDUNG IN DER ZEMENTHERSTELLUNG: SYNTHETISCHE KRAFTSTOFFE SIND MÖGLICH

Im dritten Impuls innerhalb des Expertendialogs stellte Sven Gläß, Produktionsleiter Neue Technologien bei Schwenk Zement, das Innovationsprojekt Catch4Climate am Standort Mergelstetten vor. Mit dem Projekt begibt sich die Zementindustrie auf den Weg zur klimaneutralen Produktion. Gemeinsam mit den Zementherstellern Buzzi Unicem SpA - Dyckerhoff GmbH, HeidelbergCement AG sowie Vicat S.A. soll mit der Versuchsanlage gezeigt werden, dass CO₂ aus der Zementherstellung abgeschieden, möglichst rein gewonnen und beispielsweise zur Herstellung von synthetischem grünem Kraftstoff verwendet werden kann. Die vier Partner investieren gemeinsam rund 130 Millionen Euro in die Pilotanlage in Heidenheim, die lediglich zu Forschungszwecken betrieben werden darf. Sie soll dann für eine Zementproduktion heutiger Größe jedoch skalierbar sein.

Das Europäische Emissionshandelssystem stellt eine Hürde dar. „Ab 2031/2032 ist ein Abscheider für unvermeidbare CO₂-Emissionen

bei der Zementherstellung notwendig, weil immer weniger CO₂-Zertifikate kaufbar sind und diese 2038 komplett auslaufen“, erklärte Sven Gläß anschaulich. Um Zement künftig CO₂-neutral produzieren zu können und synthetische Kraftstoffe oder chemische Produkte aus dem abgeschiedenen CO₂ herzustellen, ist ein Anschluss ans Wasserstoff-Kernnetz via SEL-Pipeline zwingend notwendig. „Sonst könnte die Schlagzeile lauten: Zementhersteller scheitert an der Klimaneutralität“, verdeutlichte Gläß. Klare Botschaft war: Es existiert ein Businessplan. Mit Land und Flughafen Stuttgart wurde vereinbart, möglichen grünen Kraftstoff für Flugzeuge so zu produzieren.

STATUS QUO DER ENERGIEWENDE - QUO VADIS?

Den Stand der Energiewende in Ostwürttemberg aus Sicht des regionalen Energieversorgers EnBW ODR AG erläuterte im vierten Impuls deren Vorstandsmitglied Frank Reitmajer. „Die rasch wachsende EnBW ODR AG und ihr Tochterunternehmen Netze ODR haben sich zum Vorreiter bei der Gestaltung einer nachhaltigen Energie- und Stromwende entwickelt“, sagte der EnBW ODR-Vorstand. Von Frank Reitmajer wurde ein gesamtheitlicher Ansatz zur Bewältigung der Energiewende angemahnt. Zur Verdeutlichung stellte er zwei Zahlen in den Raum: Wollte Deutschland seine Ausbauziele bei Erneuerbaren Energien errei-

chen, müssten pro Werktag 90 Hektar PV-Freiflächenanlagen sowie sieben Windturbinen errichtet werden. „Wir haben eine sehr steile Kurve vor uns“, betonte er.

Im Netzgebiet der Netze ODR liege bereits heute der Anteil erneuerbar produzierten Stroms bei 74 Prozent – Tendenz steigend. Reitmajer: „Das entspricht der Leistung eines Atomkraftwerks.“ Bis zum Erreichen der Klimaneutralität müssen im ODR-Netzgebiet weitere 6,1 GW erneuerbarer Leistung installiert werden – was einer Verfünffachung entspricht. „Daraus ergeben sich für uns enorme Investitionen. Allein bis 2030 sind 536 Mio. Euro prognostiziert. Das muss irgendjemand bezahlen. Die Strompreise könnten sich vervierfachen – für Unternehmen wie für Private“, sagte Reitmajer. Weitere Hürden sind neben dem hohen Kapitalbedarf auch Liefer- und Fachkräfteengpässe beim dringend erforderlichen und rasch zu realisierenden Netzausbau (Umspannwerke, Trafokapazitäten). „Ostwürttemberg stützt heute bereits stark die Energiewende und wird dafür mit hohen Netznutzungsentgelten bestraft“, betonte der ODR-Vorstand. Reitmajer: „Wir haben zu alledem dringenden Redebedarf mit der Politik.“

Zum Thema Wasserstoff machte Reitmajer ebenfalls Anmerkungen. Eine Bedarfsabfrage bei Industriekunden habe ergeben, dass 76 Prozent Wasserstoff für ihre Produktion benö-



tigen. Ab 2032 ergeben sich erhöhte Bedarfe bei den Firmen. Der Versorger könnte zudem sein Gasnetz zur Verteilung von Wasserstoff nutzen. Dazu stellte Reitmajer eine Roadmap mit sieben Umstellzonen im eigenen Netz vor. „Wir arbeiten intensiv an Lösungen für den Umstieg in eine Wasserstoff-Welt“, sagte er.

DIE ENERGIEWENDE AUS BUNDESSICHT

Andreas Jung, Bundestagsabgeordneter, energiepolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion und stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU, lobte den Auftritt und das Vorgehen der Region Ostwürttemberg als „hochinteressant“. Bei der künftigen Wasserstoffnutzung sei es geboten, alle Hebel jetzt umzulegen. Alle Instrumente bei der CO₂-Abscheidung müssten genutzt werden – sowohl das Speichern wie das Weiterverarbeiten von CO₂ seien zu verfolgen. „Es ist unstrittig, dass die Industrieunternehmen Wasserstoff benötigen.

Wir brauchen neue Gaskraftwerke und müssen die Energieeffizienz besser voranbringen“, sagte Andreas Jung.

Für den Bundestagsabgeordneten ist die Regulatorik zu hoch. Er verstehe auch nicht die Zögerlichkeit, mit der die Bundesregierung bezüglich einer Zulieferung von Wasserstoff aus dem Süden, also aus Italien, Spanien und Portugal vorgehe. Bei der Nutzung von Wasserstoff sei die komplette Farbenlehre gefragt. Es könne nicht auf grünen Wasserstoff gewartet werden. „Wir brauchen blauen, grünen und grauen Wasserstoff – die Herstellung aus Kernenergie darf kein Tabu sein“, betonte Jung. Was bezüglich der Planung des Wasserstoff-Kernnetzes auf dem Tisch liege, sei „inakzeptabel“. Jung: „Baden-Württemberg erbringt 20 Prozent der wirtschaftlichen Leistung und soll 5 Prozent der Leitungen bekommen. Das ist nicht ausgewogen, wir werden in weiten Teilen abgehängt sein.“

IHK-Hauptgeschäftsführer Thilo Rentschler, der sich an dem Dialog aktiv beteiligte, machte unmissverständlich klar: „Wir haben keine Zeit zu verlieren.“ Die SEL-Wasserstoff-Pipeline in die Region etwa müsse bis 2027 – so lange ist die Planfeststellung dafür gültig – angegangen werden. „Und ohne neue Umspannwerke und Trafostationen bringen wir den grünen Strom nicht ins Netz“, resümierte der IHK-Hauptgeschäftsführer.

Landrat Peter Polta schloss den Expertendialog. „Grüne Moleküle sind genauso wichtig wie erneuerbarer Strom. Planungssicherheit hinsichtlich des H₂-Kernnetzes, der Verfügbarkeit von H₂ und bezüglich eines verlässlichen Preises sind unerlässlich für unsere Unternehmen“, fasste er zusammen.

Frank Reitmajer von der EnBW ODR AG.



Die Teilnehmer des Expertendialogs.



Der Bundestagsabgeordnete Andreas Jung.



2. FACHKRÄFTE UND WOHLSTAND

Zwischen Transformation, Demographie und Qualifizierung

Seit zwei Jahren steckt die deutsche Wirtschaft in einer Stagnationsphase fest – denn nicht die sinkenden Zinsen und steigenden Reallöhne beeinflussen primär die aktuelle konjunkturelle Lage, sondern vielmehr die unsicheren wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Nachfrageseitig führt dies weiterhin zu einer schwachen Investitionstätigkeit, Konsumzurückhaltung und einem verhaltenden Außenhandel. Gleichzeitig befindet sich die Wirtschaft in fundamentalen Umbrüchen, die die Teilnehmer der parallel ablaufenden Expertendialoge in Berlin ausführlich diskutiert haben: von grüner Transformation und Energiewende bis hin zu Cybersicherheit, von Dekarbonisierung zu neuen Schlüsseltechnologien wie Künstliche Intelligenz oder neuen Antriebskonzepten.

Diese konjunkturellen und strukturellen Entwicklungen beeinflussen letztlich auch die Lage der Arbeitsmärkte in den beiden Landkreisen Ostwürttembergs, die im Mittelpunkt des Expertendialogs „Fachkräfte & Wohlstand“ standen. Die vier Impulsgeber/-innen arbeiteten dabei nicht nur die Herausforderungen heraus, sondern stellten unter den Schlagwörtern „Das machen wir bereits“

und „Das bringt uns weiter“ sowohl eigene Lösungsansätze als auch weitere Bedarfe dar, die sie an Verantwortliche in der Politik adressierten.

AGENTUR FÜR ARBEIT AALEN: HOHE BEDEUTUNG VON QUALIFIZIERUNG AUFGRUND VON TRANSFORMATION UND DEMOGRAFIE

Claudia Prusik, Vorsitzende der Geschäftsführung, Agentur für Arbeit Aalen, stellte in ihrem Impulsreferat vier zentrale Herausforderungen des Arbeitsmarkts Ostwürttemberg dar:

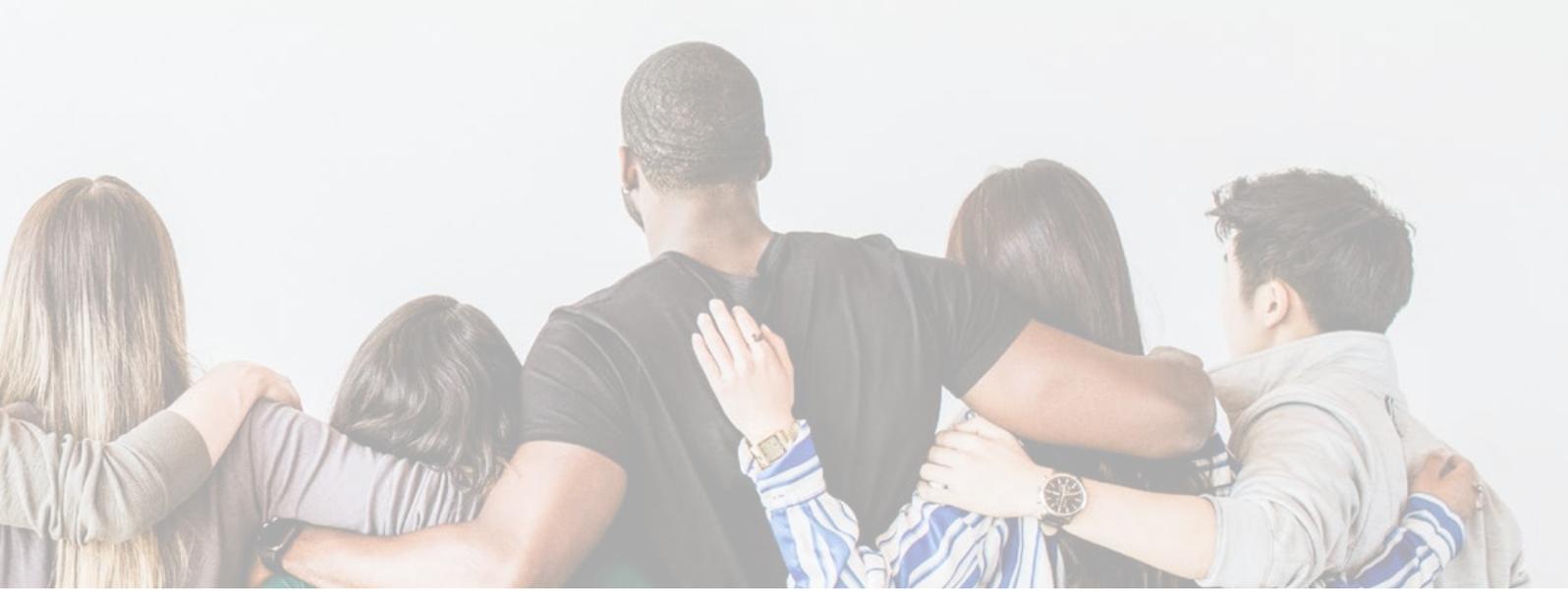
- Die hohe Betroffenheit beim Thema Transformation: In den neun größten Branchen sind im Jahr 2024 etwa 75 Prozent aller Beschäftigten tätig. Viele dieser Branchen unterlagen und unterliegen in den nächsten Jahren einem stetigen Transformationsprozess, was die Unternehmen selbst und die bei ihnen beschäftigten Menschen vor große Herausforderungen stellt.
- Hohes Substituierbarkeitspotenzial in den beiden Landkreisen: Das Substituierbarkeitspotenzial beschreibt eine Folge der fortschreitenden Transformation: die Ersetz-

barkeit von einzelnen Tätigkeiten im Rahmen eines Berufs, der potenziell durch den Einsatz der jeweils verfügbaren Computer oder computergesteuerten Maschinen vollautomatisch erledigt werden könnte. Insbesondere in ländlichen Regionen sind diese Auswirkungen auf die Zusammensetzung und Ausgestaltungen vieler Berufe relativ groß: Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung errechnete 2022, dass 45 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Ostalbkreis und 47,4 Prozent im Landkreis Heidenheim in Berufen mit einem hohen Substituierbarkeitspotenzial tätig sind. Damit gehören diese beiden Werte zu den höchsten in Deutschland (38 Prozent).

- Der Demografiefaktor ist im ländlichen Raum noch herausfordernder: In Ostwürttemberg arbeiten, Stand Dezember 2023, 189.631 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, davon sind 43.119 55 Jahre und älter. Dies entspricht einem Anteil von 22,7 Prozent.
- Hohe Bedeutung von Qualifizierung aufgrund von Mismatch: Die regionale Arbeitslosenstruktur entspricht nicht den Bedarfen der Unternehmen: 60 Prozent der Unternehmen suchen Fachkräfte und lediglich 18 Prozent Arbeitskräfte für Helfertätigkeiten. Diesem Bedarf stehen die bei der Agentur gemel-

Die Teilnehmer des Expertendialogs.





deten Arbeitslosen gegenüber, davon sind 32 Prozent Fachkräfte und 43 Prozent können lediglich in Helferberufen eingesetzt werden.

Claudia Prusik zeigte im nächsten Schritt auf, wie die Akteure in der Region auf diese Herausforderungen reagieren: Im Rahmen des ZO-Querschnittsziels „Beschäftigung und Qualifizierung“ bildet die Fachkräfteallianz das Fundament für die Zusammenarbeit von mehr als 20 Partnern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Gemeinsam arbeiten sie an unterschiedlichen Maßnahmen und Projekten in den Feldern:

- Fachkräftegewinnung – Schule, Ausbildung, Studium, Zuwanderung
- Fachkräfte halten und weiterentwickeln
- Steigerung der Erwerbsfähigkeit und „Stille Reserve“
- Standortentwicklung, Fachkräftemarketing und Wohnungsbau

Claudia Prusik stellte drei Beispiele der Allianz dar: die Gemeinsame Bildungszielplanung Ostwürttemberg mit zukunftsweisenden Aus- und Weiterbildungsangeboten, die Arbeitsmarkt-Drehscheibe Ostwürttemberg und die Vereinbarung für mehr Weiterbildungsbeihilfe „WEITERBilden WEITERkommen in Ostwürttemberg“ zwischen der regionalen IG Metall, Südwestmetall und der Agentur für Arbeit Aalen.

PersonalerTREFF zum Thema Weiterbildung

Claudia Prusik sprach vom Substituierbarkeitspotenzial, der Unerlässlichkeit bedarfsgerechter Weiterbildung sowie von Förder- und Qualifizierungsprogrammen. Darüber wollen wir in unserem nächsten digitalen PersonalerTREFF am 4. Dezember von 15 bis 16.30 Uhr mit Ihnen ausführlicher sprechen. Weitere Informationen und Anmeldung unter: https://event-ihk.de/personalertreff_weiterbildung



Die Impulsgeber Dr. Dennis Göbel vom Klinikum Heidenheim und Claudia Prusik von der Agentur für Arbeit Aalen.

KLINIKUM HEIDENHEIM: PFLEGE HAT ZUKUNFT UND DIE ZUKUNFT BRAUCHT DIE PFLEGE

Das Klinikum Heidenheim gehört zu den großen Krankenhäusern in Baden-Württemberg. Fast 60.000 Patienten werden vollstationär, teilstationär und ambulant jährlich versorgt. Rund 1.500 Mitarbeiter stellen rund um die Uhr und an 365 Tagen im Jahr das hohe Niveau der medizinischen und pflegerischen Versorgung sicher. Als Krankenhaus der Schwerpunktversorgung und akademisches Lehrkrankenhaus der Universität Ulm bildet das Klinikum mit den 15 Fachkliniken und zwei Instituten das Gesundheitszentrum im Osten von Baden-Württemberg. In seinem Impulsreferat stellte Geschäftsführer Dr. Dennis Göbel die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen dar: 15 Prozent der Beschäftigten und 20 Prozent der Führungskräfte im Pflegedienst sind älter als 60 Jahre. Gleichzeitig gehen die Ausbildungsquoten zurück und die Abbruchquoten steigen. Zwar bietet die Generalistische Pflegeausbildung

einen breit gefächerten Ausbildungsansatz – jedoch mangelt es an Ausbildungstiefe in den Fachgebieten sowie fehlenden Schlüsselqualifikationen bei Pflegeexperten.

Auf diese Herausforderungen bei der Personalgewinnung und -bindung hat das Klinikum mit unterschiedlichen Ansätzen bereits reagiert:

- Innovative Personalakquise: Durch Social Media Auftritte, eine Erhöhung der Präsenz in Schulen und Ausbildungsmessen bis hin zu Speed Datings will das Klinikum Schüler/-innen und Absolvent/-innen erreichen.
- Integration internationaler Fachkräfte: Maßnahmen der fachlichen, sozialen, sprachlichen und betrieblichen Integration sollen das Ankommen der internationalen Pflegekräfte erleichtern und unterstützen.
- Führungskräfteentwicklungsprogramm: Um die Führungskräfte von Morgen rechtzeitig auszubilden, bietet das Klinikum ein Trainee-Programm für die Qualifizierung für Führungsaufgaben im Pflegedienst an. Die



Wolfgang Weiß vom Zentrum für Digitale Entwicklung.



Schwerpunkte liegen dabei auf dem Theorie-Praxistransfer sowie der Vorbereitung auf die Verantwortungsübernahme.

- Heidenheimer Advanced Nurse Practice Model: Basis dieses Ansatzes ist die Ansicht, dass sich alle Pflegefachpersonen mit unterschiedlichen Qualifikationen und Funktionen gemeinsam um die Patienten kümmern – auch akademische Pflegekräfte. Dadurch werden aktuelle pflegewissenschaftliche Erkenntnisse und spezialisiertes Wissen schnell, strukturiert und nachhaltig in die Pflegepraxis etabliert und spezialisierte Versorgungsstrukturen aufgebaut.

Dr. Göbel fasste die Herausforderungen in der Pflege mit einem Zitat von Schwester Liliane Juchli zusammen: „Pflege hat Zukunft und die Zukunft braucht die Pflege, sowohl die Menschen der Zukunft, die trotz aller Errungenschaften in ökonomischen und technischen Belangen weiterhin mit Krankheit und Tod zu leben haben, wie auch unser Beruf selbst, der im Spannungsfeld von Menschlichkeit und Wirtschaftlichkeit sich durchzusetzen hat.“

ZENTRUM FÜR DIGITALE ENTWICKLUNG: ENGE VERZAHNUNG VON MENSCHLICHKEIT UND INNOVATION,

UM EINE NACHHALTIGE UND LEBENSWERTE DIGITALE ZUKUNFT ZU SCHAFFEN

Das Zentrum für Digitale Entwicklung (ZDE) begleitet Kommunen, Regionen, Institutionen sowie Unternehmen bei Lösungen und Innovationen auf dem Weg in die digitale Zukunft. Im Fokus stehen dabei Strategien für Digitalisierung und Smart City sowie Quartierskonzepte und Komplettdienstleistungen im Bereich Sensoriklösungen und 5G-Campusnetze. Die Bemühungen im Bereich Personalgewinnung und -entwicklung wurden bereits mehrfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem Corporate Health Award, dem RAW Award und dem Laubmacher Award. Die Bausteine stellte Geschäftsführer Wolfgang Weiß im Impulsreferat vor:

- WIR für DICH-Programm ist ein preisgekröntes betriebliches Gesundheitsmanagement mit 35 verschiedenen Angeboten, von modernen Wellnessgeräten über Rabatte bis hin zu Team-Aktivitäten.
- Spannende, inhaltlich relevante, innovative Themen durch Weiterbildungen, Workshops und innovative Projekte, die unsere Mitarbeiter beruflich weiterentwickeln und an der

digitalen Transformation beteiligen.

- Schneller und transparenter Recruitingprozess, sodass Bewerber schnell und klar über den Status ihrer Bewerbung informiert werden.
- Social Recruiting durch gezielte Kampagnen auf sozialen Netzwerken
- Mitarbeiter werben Mitarbeiter mit attraktiven Prämien für Mitarbeiter, die erfolgreich neue Kollegen empfehlen.

INTERNATIONALE FACHKRÄFTE IN OSTWÜRTTEMBERG: GEWINNUNG UND BINDUNG

Im letzten Impuls erläuterte der Moderator des Expertendialogs Michael Dambacher, Oberbürgermeister der Stadt Ellwangen, drei Praxisbeispiele aus der Region. Das Welcome Center unterstützt Unternehmen, Fachkräfte, speziell auch internationale Studierende als Anlauf-, Erstberatungs- und Informationsstelle. Der International Club Ostwürttemberg mit aktuell mehr als 200 Mitgliedern hilft internationalen Fachkräften und deren Familien bei der Integration in der Region. Die Europäische Ausbildungs- und Transferakademie für junge Erwachsene (EATA) in Ellwangen bietet Jugendlichen aus dem Ausland einen Rundumservice von Sprachkursen, Wohnen bis hin zur betrieblichen Ausbildung. Ziel der Transferakademie ist die Integration und sprachliche Qualifizierung von Erwachsenen aus dem europäischen Ausland mit einer beruflichen Erstqualifizierung und nach Möglichkeit mit Berufserfahrung in den Bereichen MINT, Gesundheits- und Altenpflege, Grundversorgungsdienstleistungen oder Handwerk. OB Dambacher stellte dabei auch das zugrunde liegende Projekt der Ausbildungsakademie „Chance Ausbildung in Deutschland“ vor, das von der Agentur für Arbeit Aalen und dem Jobcenter Ostalbkreis unterstützt wird – jedoch weiterhin eine Finanzierungslücke aufweist und damit weiterer Förderung durch öffentliche Transferzahlungen bzw. Förderprogramme bedarf.

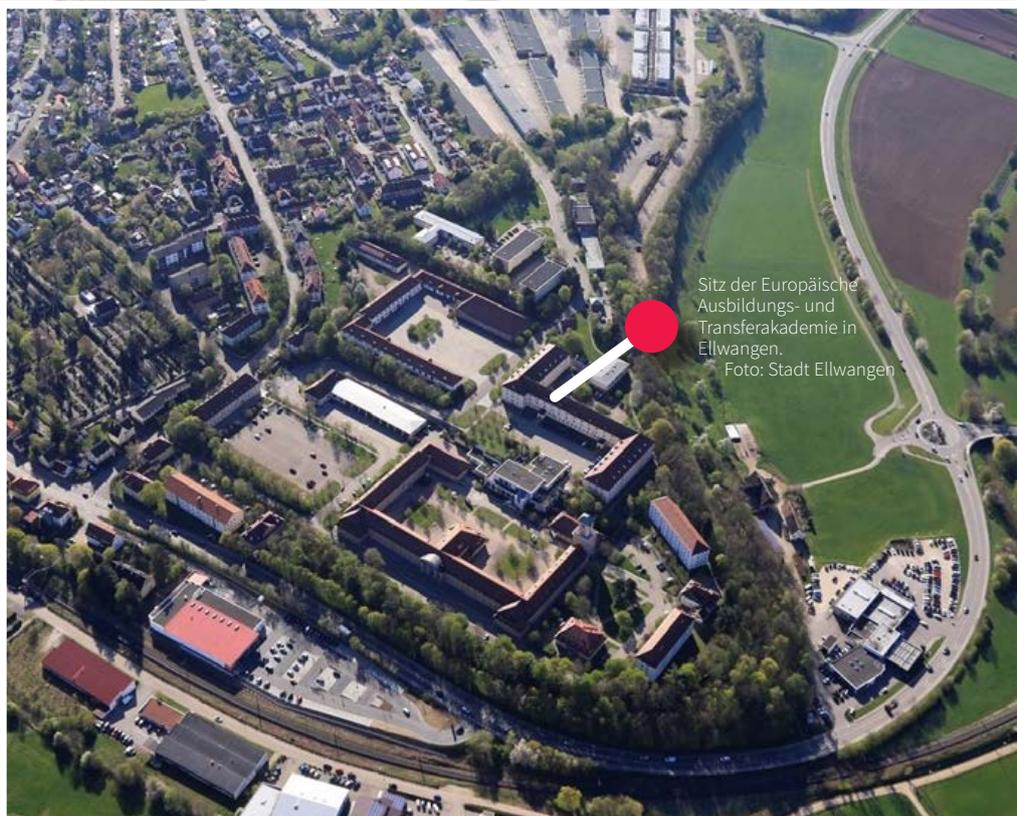


DAS BRINGT UNS WEITER

Die Impulsbeiträge zeigten anhand von Praxisbeispielen, dass die wirtschaftliche Zukunft nicht im Bewahren liegt, sondern in der Transformation und den Chancen auf die Entwicklung neuartiger Wertschöpfung. Werden diese Chancen jedoch nicht hinreichend ergriffen, schließt das Risiken mit ein, an Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren. Die wirtschaftlichen Veränderungen betreffen die Beschäftigung; umgekehrt sind Kompetenzen zentral für wirtschaftliche Innovationsprozesse. Für den Erfolg der Transformation kommt es daher insbesondere auf die Arbeitsmarktpolitik an. Wichtig ist deshalb, die Beschäftigten gezielt in verwandten aufstrebenden Bereichen weiterzubilden, in denen ihre Fähigkeiten und ihre Arbeitserfahrung weiter genutzt werden können. Strategisch von enormer Bedeutung für die Sicherung des Wohlstandes ist und bleibt die Verfügbarkeit von Fachkräften.

Zudem wird der Bedarf an Arbeitskräften in einigen Bereichen weiter wachsen, wie zum Beispiel in der Pflege aufgrund der Alterung, in der Erziehung mit dem Kita-Ausbau, im Handwerk unter anderem wegen der Energiewende und in der IT im Zuge der Digitalisierung. Dabei hängen die Dinge zusammen: ein Mangel an Pflegekräften und Erzieher hemmt häufig einen Wiedereinstieg von Frauen im größeren zeitlichen Umfang in den Arbeitsmarkt. Weiterhin wird sich die Arbeitskräfteknappheit noch verschärfen, wenn die Babyboomer in Rente gehen. Daher halten Betriebe – trotz der konjunkturellen Schwächephase – ihre Beschäftigten, da sie schwer wiederzubekommen sind.

Wie können wir nun dem Fachkräftemangel entgegenwirken? Die Teilnehmenden waren sich einig, dass es ein Mix aus verschiedenen Maßnahmen sein muss. Auf das weiter sinkende Erwerbspersonenpotenzial muss weiterhin mit Zuwanderung und dem Ausschöpfen des inländischen Potenzials reagiert werden wie zum Beispiel der Förderung des Wiederein-



Sitz der Europäische Ausbildungs- und Transferakademie in Ellwangen.
Foto: Stadt Ellwangen

stiegs von Frauen in das Erwerbsleben und der Senkung der Teilzeitbeschäftigung. Dabei muss sich die Geschwindigkeit bei der Einstellung internationaler Fach- und Führungskräfte erhöhen und die Verfahren zur Fachkräftezuwanderung weiter vereinfacht werden. Ein besonderes Augenmerk sollte auf die Auszubildenden und jungen Menschen gelegt werden. Hier – so der Vorschlag der teilnehmenden Experten – sollten erste Ausbildungsschritte bereits im Heimatland durchgeführt werden. Weiterhin bestehende unterschiedliche gesetzliche Regelungen bei der Förderung von EU- und Nicht-EU-Bürgern sollten aufgehoben werden.

Zentral für eine erfolgreiche Bewältigung des Strukturwandels sind verlässliche Förder- und Qualifizierungsprogramme, insbesondere auch für An- und Ungelernte, denn – so Claudia Prusik – der „präventive Ansatz ist besser als Geld für Arbeitslosigkeit auszugeben!“ Bei



Michael Dambacher, Ellwangens Oberbürgermeister, leitete den Expertendialog.

der bedarfsgerechten Weiterbildung helfen Weiterbildungsmentoren und Weiterbildungsmentorinnen. Dies alles kann jedoch nur gelingen, wenn bestimmte „Lücken“ geschlossen werden, wie zum Beispiel durch Förderprogramme zur Unterstützung von integrativen Versorgungsstrukturen in der Pflege sowie Integrations- und Wohnungsprojekten. In der Pflege helfen Bürokratieabbau, die Reduktion des Dokumentationsaufwandes, eine Evaluation der generalistischen Ausbildung wie auch die Anpassung des Tarifgefüges.

Zentral – und da waren sich die Teilnehmenden einig – braucht es Menschen, die sich für die Transformation begeistern. Zur Bewältigung braucht es neue Abschlüsse und ein Bildungs- und Innovationssystem, das integrative Systeme fördert. Das Potenzial an Arbeitskräften für den Arbeitsmarkt wird zwar zukünftig kleiner, der Bedarf an Fachkräften ist trotz Rückgang an gemeldeten Arbeitsstellen aber weiterhin hoch. Ausbildung, Gewinnung von Arbeitskräften durch Zuwanderung und die „Stille Reserve“ sowie die Weiterentwicklung der Menschen sind die zentralen Stellhebel.

Sonderauswertung Fachkräfte

In der aktuellen Konjunkturumfrage wurden die Unternehmen in Ostwürttemberg zu ihrer Beschäftigungssituation gefragt. Die Auswertung finden Sie auf unserer Homepage:
www.ihk.de/ostwuerttemberg, Seitennummer: 3291754



INNOVATION BW 2024

Innovationspreis Baden-Württemberg
Dr.-Rudolf-Eberle-Preis

Gleich anmelden unter
www.innovationspreis-bw.de

PREISVERLEIHUNG
DURCH WIRTSCHAFTSMINISTERIN
DR. NICOLE HOFFMEISTER-KRAUT
MONTAG, 25.11.2024, 17:00 UHR



Jubiläumsveranstaltung: 40 Jahre Innovationspreis



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, ARBEIT UND TOURISMUS







Industrie- und Handelskammer
Ostwürttemberg

DIE ZU[KUNFTS] LIEFERER

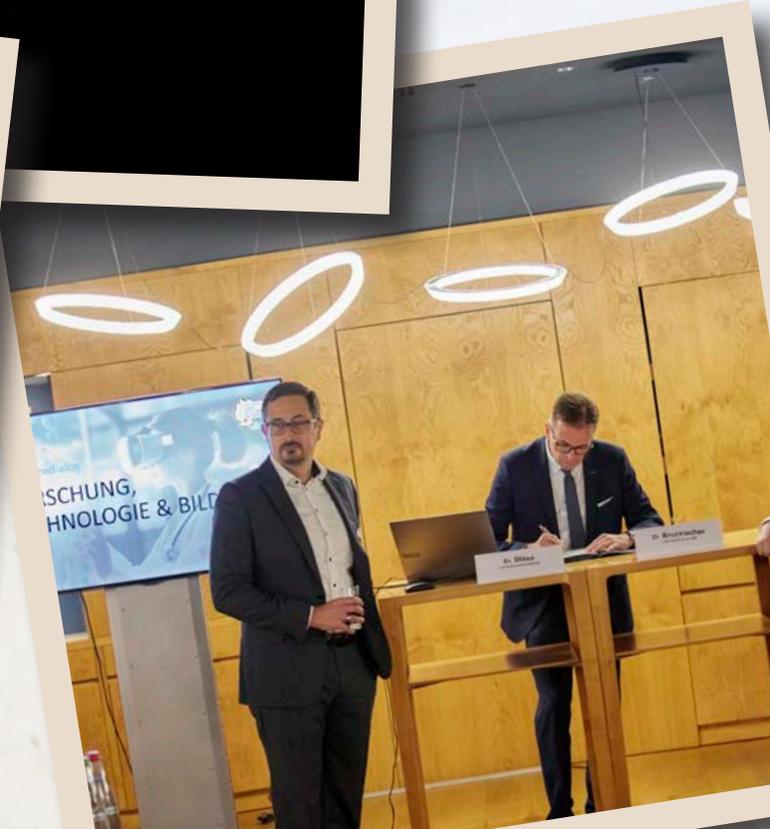












JOB
MESSE
HEIDENHEIM

Jobmesse Heidenheim Voith-Arena Heidenheim

3. April 2025, 15.00 – 20.00 Uhr

Seien Sie dabei und
positionieren Sie sich als
Arbeitgeber der Zukunft!

hz-jobs.de/jobmesse-heidenheim

Jetzt anmelden und Stand sichern!

Werden Sie Teil der Jobmesse Heidenheim am 3. April 2025 und gestalten Sie Ihre Rekrutierungsstrategie aktiv mit.



Handeln, bevor es zu spät ist

Die Region Ostwürttemberg, bekannt für ihre hohe Patentdichte und starke Innovationskraft, verfügt über vier leistungsstarke Hochschulen, darunter die Hochschule Aalen, die als forschungstärkste Hochschule für angewandte Wissenschaften in Deutschland gilt. Mit dem fem Forschungsinstitut in Schwäbisch Gmünd, einem der Pioniere im Bereich der Materialforschung, zeigt sich Ostwürttemberg als Vorreiter in einer der zentralen Schlüsseltechnologien der Zukunft. Die Region ist zudem eine 5G-Kompetenzregion und treibt mit dem Digitalisierungszentrum Ostwürttemberg und der KI-Werkstatt Mittelstand die Digitalisierung des Mittelstands voran.

Trotz dieser Stärken steht Ostwürttemberg vor großen Herausforderungen: Die politischen und klimatischen Umbrüche sowie der technologische Wandel erfordern eine verstärkte Fokussierung. Die Region Ostwürttemberg setzt dabei konsequent auf Forschung, Innovation und Bildung. Die Fortentwicklung regionaler Schwerpunkte in Materialforschung und Photonik, die Unterstützung des Mittelstands in Transformationsprozessen sowie Bildung, vor allem im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik), spielen hierbei die entscheidende Rolle.



Die Teilnehmer des Expertendialogs. Auch der FDP-Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. Stephan Seiter brachte sich ein

ZENTRALE FORDERUNGEN UND ERFOLGSBEISPIELE AUS DER REGION

Der Dialog wurde von Dr. Joachim Bläse, Landrat des Ostalbkreises, und Dr. Cornelia Brucklacher, Vorsitzende des Beirats und Gesellschafterin der Leitz GmbH & Co. KG, moderiert. Frau Dr. Brucklacher, deren Unternehmen als weltweit führender Hersteller von Präzisionswerkzeugen für die professionelle Bearbeitung von Holz, Kunststoffen und Metallen gilt, hielt zudem einen Kurzvortrag. Sie hob hervor, wie wichtig technologische Innovation und gut ausgebildete Fachkräfte für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie sind.

Mit rund 3.000 Mitarbeitenden in 38 Ländern ist die Leitz Gruppe ein Global Player. Trotz dieser Stärke sieht sich auch dieses führende Unternehmen mit steigenden bürokratischen Hürden und unzureichender Förderung des innovativen Mittelstands konfrontiert.

Während des Expertendialogs präsentierten Unternehmensvertreter konkrete Erfolgsbeispiele und skizzierten zugleich die Herausforderungen, denen sich ihre Unternehmen aktuell stellen müssen.

HENSOLDT AG: TECHNOLOGIEFÜHRER FÜR VERTEIDIGUNG UND SICHERHEIT

Bernd Mayer, Standortleiter der HENSOLDT AG in Oberkochen, hob die Rolle seines Unternehmens als Technologieführer im

Bereich Verteidigung und Sicherheit hervor. HENSOLDT entwickelt Sensorlösungen, die durch Datenfusion und innovative Ansätze im Bereich Cybersicherheit einen entscheidenden Beitrag zur Bedrohungsabwehr leisten. Ein besonderes Highlight ist der neue HENSOLDT Campus in Oberkochen, wo ab 2025 über 800 Mitarbeitende optronische Systeme entwickeln und produzieren werden.

Mayer betonte die Bedeutung einer engen Zusammenarbeit mit Forschungs- und Bildungseinrichtungen, um die Technologieführerschaft zu sichern und qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen. Die Integration des neuen Standorts in das regionale Innovationsnetzwerk sei dabei einer der zentralen Erfolgsfaktoren.



Bernd Mayer von der Hensoldt AG in Oberkochen.



Dr. Cornelia Brucklacher von der Leitz GmbH & Co. KG.



Josef Otto Rettenmaier von der JRS GmbH.

J. RETTENMAIER & SÖHNE GMBH + CO KG: INNOVATIONSFÜHRER FÜR FASERPRODUKTE

Josef Otto Rettenmaier, Geschäftsführer der JRS GmbH, betonte die Rolle seines Unternehmens als weltweit führender Hersteller von Pflanzenfaserprodukten. JRS setzt auf nachhaltige Rohstoffe wie Cellulose- und Gemüfefasern und verfolgt innovative Ansätze in der Produktion.

Jedoch sieht sich das Unternehmen mit steigenden Energiekosten und einem wachsenden Fachkräftemangel konfrontiert. Rettenmaier forderte daher gezielte Innovationspartnerschaften und berufsbegleitende Bildungsangebote, um dem steigenden Bedarf an qualifizierten Fachkräften gerecht zu werden. Eine leistungsfähige Infrastruktur sei zudem entscheidend für die Zukunft des Unternehmens.

FEM FORSCHUNGSINSTITUT: PIONIER DER MATERIALWISSENSCHAFT

Prof. Dr. Holger Kaßner, Institutsleiter des fem Forschungsinstituts, stellte die Bedeutung seines Instituts für die Entwicklung zukunftsweisender Lösungen im Bereich der Materialforschung heraus. Besonders in den Bereichen metallische Werkstoffe, Beschichtungen und Energietechnik leistet das fem wichtige Beiträge für KMU und die Industrie.

Kaßner machte jedoch auf immer höhere regulatorische Hürden in den Forschungs-



Prof. Dr. Holger Kaßner vom fem Forschungsinstitut.

programmen aufmerksam, die zu einer Steigerung der Kosten führen und personelle Ressourcen binden, die in der FuE-Arbeit fehlen. Zudem sei ein starkes Engagement des Bundes im Bereich Batterieforschung dringend notwendig, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können.

HOCHSCHULE AALEN: INNOVATIONSMOTOR DER REGION

Professor Dr. Harald Riegel, Rektor der Hochschule Aalen, betonte die Bedeutung der Forschung an Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Mit ihren Schwerpunkten auf Materialforschung, Energiespeicher und -wandler, Ressourceneffizienz und Photonik spielt die Hochschule Aalen eine zentrale Rolle als Innovationszentrum der Region.

Riegel mahnte jedoch an, dass die finanzielle Ausstattung von Forschungseinrichtungen verbessert werden müsse, um langfristige Forschungserfolge zu sichern. Besonders die Kürzung von Förderprogrammen in wichtigen Zukunftsfeldern stelle eine Gefahr für den Standort Deutschland dar. Zudem sei es von elementarer Bedeutung, die Studiengebühren für internationale Studierende abzusuchen, damit internationale Talente für die Industrie im Südwesten ausgebildet werden können.

NEUWERTIGE HALLE FÜR LOGISTIK, MONTAGE UND PRODUKTION IN AALEN.

Halle mit Top-Ausstattung in Autobahnnähe

Andienung über 2 Überladebrücken und 1 ebenerdiges Tor. Beheizt mit Gas-Dunkelstrahlern, Bodentraglast 5 to/m². Verkehrsgünstig auf großem Grundstück gelegen. Mietpreis auf Anfrage. Energieausweis bei Besichtigung.

Fläche: ca. 2.400 m²
Höhe: ca. 8 m
Verfügbar: ab sofort

Stellplätze: vorhanden
Provision: 3,57 Nettokaltmieten inkl. gesetzl. USt.



+49 151 531 106 08
info@kuemmerle-re.de
www.kuemmerle-re.de

Kümmeler Real Estate GmbH
Max-Eyth-Str. 2
73479 Ellwangen



KÜMMERLE
REAL ESTATE



Rainer Hald von der Varta AG.

VARTA AG: INNOVATIONSTREIBER IN DER ENERGIESPEICHERTECHNOLOGIE

Rainer Hald, CTO der Varta AG, hob die Bedeutung der Batterieforschung für die Energiewende hervor. Varta entwickelt maßgeschneiderte Lithium-Ionen-Akkus und ist weltweit führend in der Energiespeichertechnologie.

Hald warnte jedoch vor einem massiven Einschnitt in der deutschen Batterieforschung, da die Bundesregierung plant, ab 2025 die Förderung neuer Projekte einzustellen. Dies gefährde nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland, sondern auch die Rolle des Landes als Technologieführer im Bereich nachhaltiger Energiespeicher.

BILDUNG: DER GRUNDPFEILER EINER ZUKUNFTSFÄHIGEN GESELLSCHAFT

Der deutsche Bildungssektor steht vor tiefgreifenden Veränderungen. Die demografische Entwicklung führt bis 2035 zu einem Verlust von 12,9 Millionen Arbeitskräften. Die Zahl der Studierenden in den Schlüsselbereichen Maschinenbau und Verfahrenstechnik sank jedoch in den letzten zehn Jahren dramatisch um 32,3 Prozent. Dieser Rückgang gefährdet die Innovationskraft in den zentralen Industriezweigen und verschärft den bereits bestehenden Fachkräftemangel.



Prof. Dr. Harald Riegel,
Rektor der Hochschule
Aalen.



Landrat Dr. Joachim Bläse, der als Moderator des Expertendialogs die Ergebnisse zusammenfasste, forderte eine tiefgreifende Reform des Bildungssystems. „Es reicht nicht, nur über den Fachkräftemangel zu sprechen – wir müssen das System so gestalten, dass es flexibel auf die sich verändernde Wissenslandschaft reagiert“, sagte er. Bildung muss zum Innovationsmotor werden, um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands zu sichern.

FORSCHUNG: DEUTSCHLAND DROHT DEN ANSCHLUSS ZU VERLIEREN

Auch in der Forschung wird der Rückstand Deutschlands gegenüber anderen globalen Akteuren deutlich. Der Impulsvorträge und Diskussionen im Expertendialog zeigten, dass während Länder wie die USA, Korea und China zwischen 700 und 950 Millionen Dollar in die

Batterieforschung investieren, die Batterieforschungsprogramme in Deutschland aktuell eingestellt werden sollen.

Diese Lücke in der Forschungsförderung wird zunehmend zu einem gravierenden Wettbewerbsnachteil, wie Dr. Bläse eindringlich warnte: „Ohne ausreichende Fördermittel und den Abbau bürokratischer Hürden werden wir international abgehängt.“

Dieser Weckruf verdeutlicht: Während die deutsche Forschung einst ein Motor der Industrie war, droht aktuell das Land, den Anschluss an zentrale Zukunftstechnologien zu verlieren. Angesichts der rasanten Fortschritte in der Digitalisierung und der zunehmenden Interdisziplinarität ist dringendes Handeln gefragt. Den Finanzierungs- und Investitionseingängen, der Abwanderung von

Spitzenkräften und der sinkenden Attraktivität des Südwestens für internationale Studierende und Forschende muss dringend entgegen gewirkt werden.

FAZIT: JETZT HANDELN, BEVOR ES ZU SPÄT IST

Die Zukunft Deutschlands steht auf dem Spiel. Ohne sofortigen Fokus auf Bildung, Forschung und Innovation droht der Innovationsstandort ins Hintertreffen zu geraten. Der Expertendialog machte klar: Deutschland muss seine Anstrengungen verstärken, um nicht nur den Fachkräftemangel zu lindern, sondern auch die Attraktivität der Forschungslandschaft wiederherzustellen. Dr. Bläse betonte, dass die Herausforderungen groß seien, doch ebenso groß ist das Potenzial, die richtigen Weichen jetzt zu stellen.



Die Teilnehmer des Expertendialogs. Auch der FDP-Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. Stephan Seiter brachte sich ein

Das Transformationsnetzwerk Ostwürttemberg

Die Digitalisierung und Dekarbonisierung verändern etablierte Geschäftsmodelle und Wertschöpfungsketten sehr stark und mit hoher Dynamik. Neue Schlüsseltechnologien wie Künstliche Intelligenz oder neue Energie- und Antriebskonzepte stellen ganze Branchenstrukturen in Frage. Stark im Fokus stehen dabei auch die Automobilzulieferer, die vom Transformationsnetzwerk Ostwürttemberg begleitet werden. Ein Projekt, das vom Bundeswirtschaftsministerium mit fünf Millionen Euro gefördert wird. Die energieintensive Industrie kämpft zudem nicht nur mit hohen Arbeitskosten, sondern auch mit Energiekostennachteilen. Von der Transformation ist nicht nur die Automobilindustrie betroffen, sondern fast alle anderen für den Wohlstand der Region wichtigen Branchen. Es braucht Unterstützung auf allen Ebenen, um dies erfolgreich zu bewältigen. Um all dies ist es im Expertendialog „Transformation Automobilwirtschaft / Maschinenbau & Industrie“ gegangen.

Schwäbisch Gmünds Oberbürgermeister Richard Arnold und Markus Kilian, Geschäftsführer bei Südwestmetall in Ostwürttemberg, haben diesen Expertendialog moderiert. „Wir wollen eine Industrieregion bleiben, um unseren Wohlstand zu sichern“, unterstrich Arnold eingangs. Kilian war es wichtig, das Thema Transformation ganzheitlich

zu denken. Immerhin sei Ostwürttemberg stark geprägt vom verarbeitenden Gewerbe, wobei dessen Anteil an der Automobilwirtschaft bei 10,8 Prozent liege. Das Transformationsnetzwerk Ostwürttemberg, getragen von IHK, der regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaft WiRO, dem Bildungswerk der Baden-Württembergischen Wirtschaft und der IG Metall, läuft laut Kilian noch bis 2025. Doch dann werde die Transformation noch lange nicht bewältigt sein. „Wir wollen unsere Projekte auch über 2025 hinaus in der Förderung durch das Bundeswirtschaftsministerium halten“, erklärte Kilian. Zudem sollte das Netzwerk auf die Gesamtindustrie und deren Zulieferer ausgeweitet werden. Vor allem brauche es Fördermöglichkeiten für Unternehmen, aber auch die Netzwerkpartner, um Angebote weiter aufrecht zu erhalten.

ASPEN & ELEKTROLYSEUR

Richard Arnold stellte das Projekt „Aspen“ vor als nachhaltiger Industriepark in Schwäbisch Gmünd, der komplett mit grünem Wasserstoff versorgt werden soll. Ab seiner Inbetriebnahme wird der dort gebaute Elektrolyseur (aktuell mit zehn Megawatt der größte seiner Art in Süddeutschland) grünen Wasserstoff produzieren. Im Industriepark sollen auf 28 Hektar Fläche Tech-Unternehmen, Start-ups und Forschungseinrichtungen angesiedelt werden. „Das aktuelle Problem: Keiner will im Industriepark Aspen bislang investieren“, machte Arnold unmissverständlich klar. „Wir haben bei vielen Interessenten verloren, weil

Baden-Württemberg nicht so viele staatliche Hilfen gibt wie andere Bundesländer“, so der Gmünder OB weiter. Auch deshalb sei es unerlässlich, dass Bund wie EU speziell die Transformationsregionen in ihre Förderkulissen aufnehmen.

ALFING KESSLER GMBH

Den ersten Impuls und das erste Best-Practice-Beispiel für Transformation lieferte in dem Expertendialog Konrad Grimm, der Geschäftsführer der Maschinenfabrik Alfing Kessler GmbH in Aalen-Wasseralfingen. Der Hidden Champion ist seit 113 Jahren in der Herstellung von Kurbelwellen tätig. Derzeit betrage der Verbrenneranteil bei der Kurbelwellenproduktion für den Automobilsektor 40 Prozent, sagte Grimm. Mit einem Anteil von 42 Prozent an der Produktion sei Alfing Weltmarktführer bei der Herstellung von Kurbelwellen für Großmotoren, vor allem für Schiffe. Das sehr energieintensive Unternehmen ist laut Grimm bereit, Erdgas zu 100 Prozent



Konrad Grimm von der Alfing Kessler GmbH in Aalen (links) im Gespräch mit Markus Zebisch von der Robert Bosch Automotive Steering GmbH in Schwäbisch Gmünd.



Schwäbisch Gmünds Oberbürgermeister Richard Arnold leitete den Expertendialog.



durch Wasserstoff zu ersetzen. Und die Hälfte des benötigten Stroms könnte Alfiing auf seinen Außenanlagen selbst erzeugen. Allerdings brauche es dafür auch die erforderlichen, umfangreichen und vor allem schnellen Genehmigungen.

Wie Grimm weiter erläuterte, seien die Energiekosten des Unternehmens in einem Jahr, von 2022 auf 2023, um 18 Millionen Euro gestiegen. „Noch höhere Energiekosten können wir nicht mehr stemmen“, sagte Grimm. Ziel der Maschinenfabrik Alfiing Kessler ist es, bis 2028 den Anteil der Verbrennermotoren bei der Kurbelwellenproduktion auf unter zehn Prozent zu senken bei einem anvisierten Umsatz von 400 Millionen Euro. Die Überwindung der Abhängigkeit von Automotive wurde durch das Projekt „MAFA MOVE“ angegangen. Weil das Unternehmen über höchste Kompetenz beim Schmieden, der Wärmebehandlung, Zerspanung und Montage von hochpräzisen Bauteilen verfügt, sollen vor diesem Hintergrund auch neue Geschäftsfelder erschlossen werden. Erste Diversifizierungserfolge zeigen sich dabei in der Bahntechnik mit der Herstellung von Weichenherzstücken. „Bei all dem nehmen wir unsere Mitarbeiter auch mit starker Unterstützung durch die IG Metall mit“, betonte Grimm ausdrücklich.

CHOCAL PACKAGING SOLUTIONS

Der zweite Impuls kam von Dr. Alexander von Niessen, Geschäftsführender Gesellschafter des Verpackungsmaschinenherstellers Chocal Packaging Solutions in Schwäbisch Gmünd. „Die Welt erstickt im Plastikmüll“, sagte von Niessen, weshalb sich sein Unternehmen ganz der Vision einer „Welt ohne Plastikmüll“ verschrieben habe. Das Unternehmen wolle die klimapositive Neuausrichtung des globalen Verpackungsmarktes erreichen. Der Großteil geformter Plastikverpackungen könne dabei durch Verpackungen aus nachwachsenden natürlichen Materialien ersetzt werden, die gleichzeitig recyclingfähig und kompostierbar

sind. Das Unternehmen ist Gewinner des weltweiten Sustainable Packaging Awards 2024 und nominiert für den Deutschen Nachhaltigkeitspreis 2024.

„Wir haben die große Chance, den weltweiten Verpackungsmarkt zu revolutionieren, aber es wäre so viel mehr möglich mit einer entsprechenden Unterstützung“, sagte von Niessen weiter. Deshalb sollten aus seiner Sicht die Hilfen für kleine und mittlere Unternehmen bei Forschung und Entwicklung ausgebaut werden, etwa durch KfW-Darlehen. Dies auch, um die unternehmerische Verantwortung in der Region und im Land zu halten. Es dürfe keinen Ausverkauf an Private Equity-Geldgeber, womöglich auch noch im Ausland, geben, machte von Niessen deutlich.

ROBERT BOSCH AUTOMOTIVE STEERING GMBH

„So lange es Kurven gibt, braucht man auch Lenkungen.“ Diesen logischen Schluss stellte Markus Zebisch, Werkleiter der Robert Bosch Automotive Steering GmbH in Schwäbisch Gmünd, an den Anfang seines Impulses. Das Unternehmen produziert im Jahr drei Millio-

nen herkömmlicher Lenkungen für Autos und 300 000 Lenkungen für Lastwagen. „Wir stehen dabei aber unter extremem Konkurrenzdruck, vor allem aus China“, sagte Zebisch. Das Unternehmen will daher technologisch neue Wege beschreiten. Bei den kommenden „Act-by-Wire“-Technologien von Bosch, insbesondere bei „Steer-by-Wire“, entfällt die mechanische Verbindung zwischen Lenkradaktuator und Zahnstangenaktuator. Der Lenkradaktuator erzeugt das Lenkgefühl und gibt das Lenksignal des Fahrers abhängig von Fahrgeschwindigkeit und Fahrbedingungen „by wire“ an den Zahnstangenaktuator weiter, der die Räder lenkt.

Zebisch machte deutlich, dass dieser Transformationsprozess eine starke Veränderung der Anforderungen an die Beschäftigten bedinge. Die Qualifizierungsbedarfe seien hoch und müssten weiterhin unterstützt werden. „Lernen ist ein essentieller Faktor für den Erfolg“, so Zebisch. Und angesichts des Drucks aus dem Ausland, insbesondere auch hier durch neue Wettbewerber aus China, müssten alle Standortfaktoren verbessert werden. „Die beste Technik, die nicht in die Produktion geht, ist nichts wert“, sagte Zebisch.



Dr. Jochen Kress (Mapal) war Impulsgeber beim Expertendialog Transformation.



Dr. Alexander von Niessen (Chocal Packaging Solutions) war einer der Impulsgeber des Expertendialogs.



Die Teilnehmer des Expertendialogs.



Markus Kilian von der Südwestmetall Ostwürttemberg.

MAPAL DR. KRESS KG

„Ein überbordender Bürokratismus schadet der gesamten Volkswirtschaft und damit uns allen.“ Das war eine Kernaussage im vierten Best-Practice-Impuls, den Dr. Jochen Kress beisteuerte. Er ist Geschäftsführender Gesellschafter der Mapal Dr. Kress KG in Aalen. Mapal ist Technologieführer für die zerspanende Bearbeitung von kubischen Bauteilen. Das Aalener Unternehmen ist Zulieferer von Zerspanungswerkzeugen für die Automobilindustrie, aber auch für die Luftfahrt. Die Entwicklung neuer Werkzeuge und eines Service für Elektromobilität und Luftfahrt sei in vollem Gange, so Kress.

Ein besonderes Anliegen war ihm dabei die Deregulierung. „Wir müssen die Menschen wieder das arbeiten lassen, das Nutzen stiftet“, sagte Kress. Anstatt immer mehr Personal für die Einhaltung von Vorschriften und Regularien einsetzen zu müssen. Das und der immer größer werdende Aufwand für Steuerberater, Anwälte und Finanzprüfer seien Ressourcen, die volkswirtschaftlich für die Produktivität nicht zur Verfügung stünden. Dem gegenüber stellte Kress seine Vorstellungen. Danach gelte es, den Akteuren in der Wirtschaft wieder mehr Vertrauen zu schenken, gefühlte Ungleichheiten wieder auszuhalten, gewisse Lebensrisiken wieder zu akzeptieren und volkswirtschaftliche Interessen gegenüber Partikularinteressen wieder mehr abzuwägen.

BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND KLIMASCHUTZ

Zum Schluss der Impuls-Vorträge stellte der Leiter des Referats für Digitalisierung und Industrie 4.0 in der Industrieabteilung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz, Ernst Stöckl-Pukall, seine Arbeit vor. Dabei ging er zunächst auf die Kritik und Anregungen aus den vorherigen Impulsen ein. Beim Thema Bürokratie und Regulierung forderte er Industrie wie Unternehmen dazu auf, noch viel mehr und öfter deutlich zu machen: Das geht so nicht! Ob das Transformationsnetzwerk Ostwürttemberg auch über 2025

hinaus gefördert werden könne, „das muss das Parlament entscheiden“, sagte Stöckl-Pukall. Der im Übrigen aus den gehörten Referaten dieses Fazit zog: „Ich finde die Innovationskraft dieser Unternehmen beeindruckend.“ Und sein eindringlicher Appell: Dranbleiben!

Beim Thema Digitalisierung sprach sich Stöckl-Pukall dafür aus, endlich ein eigenes europäisches Datensystem aufzubauen, basierend auf den europäischen Werten, anstatt auch künftig nur auf Unternehmen aus den USA angewiesen zu sein. Dabei gelte es beispielsweise, kluge Lösungen dafür zu finden, „wie wir Daten der Wertschöpfungskette auch nutzen können“.



Ernst Stöckl-Pukall vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz.

OSTWÜRTTEMBERG MEETS BERLIN

Wir sind Transformation

DIE ZU[KUNFTS]
LIEFERER



Herausforderungen und Perspektiven

Im Expertendialog „Wohnen und Infrastruktur“ wurden die dringenden Fragen des Wohnungsbaus und der Infrastrukturentwicklung diskutiert. Moderiert vom Oberbürgermeister der Stadt Heidenheim, Michael Salomo und Wirtschaftsförderer der Stadt Aalen, André Mandel ging es insbesondere um die Notwendigkeit bezahlbaren Wohnraums und eine zukunftsfähige Infrastruktur als zentrale Voraussetzungen für die Attraktivität des Standorts Deutschland.

Oberbürgermeister Michael Salomo führte die Teilnehmer in den Dialog ein. Dabei erläuterte er, dass Wohnraum nicht nur ein Grundbedürfnis des Menschen sei, sondern auch ein Schlüsselfaktor für die Wettbewerbsfähigkeit eines Standorts. Ohne ausreichenden Wohnraum können keine dringend benötigten Fachkräfte gewonnen werden. Besonders in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit müssen Städte und Kommunen auf diese Herausforderungen reagieren, um attraktiv für Unternehmen und Arbeitnehmer zu bleiben. Ein weiterer Druck auf den Wohnungsmarkt entsteht durch Zuwanderung, was die Nachfrage und somit die Preise weiter in die Höhe treibt.

Die Städte Heidenheim und Aalen haben in diesem Zusammenhang zahlreiche Initiativen

ergriffen, darunter den strategischen Grunderwerb, die Konversion von Flächen sowie eine verpflichtende Quote für geförderten Wohnungsbau. Trotz erheblicher Investitionen, die teilweise in Zeiten knapper Kassen getätigt wurden, fehlt es nach wie vor an ausreichend Wohnraum. Dies hat nicht nur soziale Auswirkungen, sondern führt auch zu einem Rückgang von Gewerbe- und Einkommenssteuereinnahmen, was die wirtschaftliche Entwicklung der Region gefährdet.

Fehlender Wohnraum wirkt sich nicht nur auf den sozialen Bereich aus, sondern belastet auch die Verkehrswege und die Infrastruktur. In ländlichen Gebieten stellt der öffentliche Nahverkehr oft keine ausreichende Alternative dar. Der Mobilitätspakt Heidenheim-Aalen setzt daher auf umweltfreundliche und nachhaltige Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in der Region Kocher und Brenz. Allerdings scheitern die Bemühungen um einen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs häufig an praktischen Hindernissen, wie dem Mangel an Fahrerinnen und Fahrern.

Auch die Planungszeiten für neue Straßen und Bahnlinien sind mit oft 30 Jahren viel zu lang. Besonders dringlich ist der Ausbau und die Elektrifizierung der Brenz- und Remsbahn,



Horst Ensslin von der Essinger Wohnbau GmbH.

welche für den Personen- und Güterverkehr in der Region eine zentrale Rolle spielen. Hier sollen Bundesmittel für die geplanten Großinvestitionen genutzt werden, um den dringend benötigten Ausbau voranzutreiben.

IMPULSE VON UNTERNEHMERN DER REGION OSTWÜRTTEMBERG

Horst Ensslin, Geschäftsführer der Essinger Wohnbau GmbH und stellvertretender Vorsitzender des BFW-Landesverbands Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen Baden-Württemberg e.V. beleuchtete die derzeitige Situation des Wohnungsmarktes, die Herausforderungen im Bauwesen und mögliche Lösungsansätze.

Eines der zentralen Themen der Präsentation waren die Baukosten. Laut Ensslin sind die Baukosten seit 2023 rapide gestiegen. Der Anstieg flachte zwar 2024 etwas ab, doch mit signifikanten Rückgängen sei aufgrund der hohen Arbeitskosten kaum zu rechnen. Dies stellt Bauunternehmen vor erhebliche Herausforderungen, insbesondere da der Zinsgipfel im Jahr 2023 die Baufinanzierung erschwert hat. Während sich die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank und der Federal Reserve im Jahr 2024 beruhigt hat, bleibt die Unsicherheit über zukünftige Inflationsgefahren bestehen.

Der Wohnungsbau in Baden-Württemberg verzeichnete 2023 einen dramatischen Rückgang. Die Landesregierung hatte ursprünglich ein Ziel von 65.000 neuen Wohnungen pro Jahr festgelegt. Tatsächlich lagen die Fertigstellungen jedoch um 10 Prozent unter den Vorgaben. Ensslin verwies auf einen historischen Tiefstand bei Baustarts und Insolvenzen von Projektentwicklern, was den Wohnungsmarkt zusätzlich belastet. Ein prominentes Beispiel ist das „Eco Village“-Projekt in Ostwürttemberg, das trotz anfänglicher Erfolge von einer Insolvenz getroffen wurde.

Die Moderatoren des Expertendialogs: Michael Salomo, Oberbürgermeister der Stadt Heidenheim (links) und André Mandel, Leitung Amt für Wirtschaftsförderung und Smart City (in Vertretung für den Oberbürgermeister der Stadt Aalen, Frederick Brütting).





Die Teilnehmer des Expertendialogs.

Die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt führt unweigerlich zu steigenden Mieten. Dies gilt insbesondere für Städte wie Aalen, wo die Mieten für Neubauten in guten Lagen bereits bei 13 bis 14 Euro pro Quadratmeter liegen. In umliegenden Städten wie Heidenheim und Schwäbisch Gmünd sind die Preise nur geringfügig niedriger. Laut einer Prognose werden die Mieten bis 2025 und 2026 weiter anziehen, da das Angebot an Wohnraum hinter der Nachfrage zurückbleibt.

OPTIONEN ZUR ENTLASTUNG DES WOHNUNGSMARKTES

Ensslin schlug mehrere Maßnahmen vor, um die Wohnungsbaukrise zu bewältigen. Dazu gehört die Vereinfachung von DIN-Normen im Bauwesen, um die Planungssicherheit zu erhöhen. Auch die Förderung des sozialen Wohnungsbaus müsse beibehalten und erweitert werden. Eine Erhöhung der Eigenheimförderung sowie steuerliche Anreize für Vermieter könnten ebenfalls helfen, den Wohnungsmarkt zu entlasten. Gleichzeitig verwies Ensslin darauf, dass die aktuellen Bauvorschriften zu komplex und die Förderprogramme, wie die der KfW, oft unzureichend seien.

In seinem Abschlussplädoyer betonte Ensslin die Notwendigkeit, den Bauprozess zu vereinfachen und die Fertigstellungszahlen zu erhöhen. Dies könne unter anderem durch serielle Bauweisen und den verstärkten Einsatz von Hybridbauweise erreicht werden. Auch eine Erhöhung der Vorfertigungsquote sei entscheidend, um die Baukosten zu senken und die dringend benötigten neuen Wohnungen zu schaffen. Das Gebäudetyp-E-Gesetz soll für alle gelten und so das Bauen in Deutschland revolutionieren. Dieses würde für alle Beteiligten – von Bauunternehmen über Architekten bis hin zu zukünftigen Bewohnern – Vorteile bringen.

SYSTEMATISierter HOLZBAU: DIE ZUKUNFT DES WOHNUNGSBAUS

Jannis Merz, geschäftsführender Gesellschafter der Merz Objektbau GmbH & Co. KG, stellte anhand eines konkreten Projekts in Heidenheim den Einsatz dieser, von Horst Enßlin bereits erwähnten Hybridbauweise, vor. Das Konzept, kombiniert mit Holzbau besticht durch ihre Effizienz, Nachhaltigkeit und Kosteneffektivität.

Merz betonte, dass der systematisierte Holzbau nicht nur die Baukosten und -zeiten optimieren kann, sondern auch nachhaltig und bezahlbar ist. Diese Bauweise ermöglicht die schnelle Umsetzung von Wohnprojekten, die den steigenden Bedarf an bezahlbarem Wohnraum decken können. Das Konzept basiert auf einem modularen Rastersystem („FLAT“), das flexible und barrierefreie Grundrisse bietet. Es kann Wohnungen in unterschiedlichen Größen schaffen – von 1-Zimmer-Wohnungen bis hin zu 5-Zimmer-Wohnungen.

Ein entscheidender Vorteil des Holzbaus ist die Verwendung natürlicher und überwiegend nachwachsender Materialien aus regionalem Anbau. Merz hob hervor, dass diese Bauweise nicht nur nachhaltig ist, sondern auch den Anforderungen an moderne, energieeffiziente Gebäude entspricht. So erfüllt das System die Vorgaben des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) und kann durch Photovoltaikanlagen zur Eigenstromversorgung ergänzt werden. Auch die Nebenkosten bleiben aufgrund des effizienten Wärmekonzepts vergleichsweise niedrig.

Das „cradle to cradle“-Prinzip, das in diesem System Anwendung findet, ermöglicht einen einfachen Rückbau und eine vollständige Wiederverwertbarkeit der eingesetzten Materialien. Dies trägt zusätzlich zur Umweltfreundlichkeit und Langlebigkeit des Systems bei.

Ein weiterer Aspekt, der den systematisierten Holzbau so attraktiv macht, ist die Vorfertigung der Bauteile. Durch den hohen Grad an Vorfertigung und die Automatisierung der Prozesse wird die Bauzeit erheblich verkürzt und die Qualität der Bauprojekte gesteigert. Dies reduziert nicht nur Lärm und Schmutz auf der Baustelle, sondern sorgt auch für einen schnelleren Zugang zu hochwertigen und gesunden Wohnräumen. Merz betonte zudem die ästhetischen Vorzüge, die durch die flexible Gestaltung der Innen- und Außenbereiche entstehen.

BEISPIELPROJEKT: KLEEHOF IN HEIDENHEIM

Als konkretes Beispiel für die erfolgreiche Umsetzung des systematisierten Holzbaus stellte Merz das Quartier „Kleehof“ in Hei-



Jannis Merz von der Merz Objektbau GmbH & Co. KG.

denheim vor. Hier entstanden 96 bezahlbare Wohnungen, die zu 40 Prozent unter der ortsüblichen Vergleichsmiete vermietet werden. Das Projekt wurde durch Fördermittel der L-Bank und der KfW unterstützt und gewährleistet eine Miet- und Belegungsbindung für einen Zeitraum von 40 Jahren.

Besonders hervorzuheben ist die soziale Vielfalt des Quartiers, das generationenübergreifendes Wohnen sowie altersgerechte und betreute Wohnmöglichkeiten integriert. Auch die ökologische Ausrichtung des Projekts, inklusive eines innovativen Entwässerungskonzepts, eines Gemüsegartens und der umfassenden Nutzung von Photovoltaik zur Eigenstromversorgung, setzt neue Maßstäbe.

FAZIT: EIN ZUKUNFTSWEISENDER ANSATZ DER DURCH ANREIZE VERSTÄRKT WERDEN SOLLTE

Der systematisierte Holzbau, bietet eine vielversprechende Lösung für die Herausforderungen des Wohnungsmarktes. Durch den modularen Aufbau, die hohe Flexibilität und die Nachhaltigkeit dieser Bauweise können Wohnprojekte schnell und kosteneffizient realisiert werden. Projekte wie der Kleehof in Heidenheim zeigen, dass diese Bauweise nicht nur theoretisch funktioniert, sondern bereits in der Praxis erfolgreich umgesetzt wurde. Um weiterhin Projekte dieser Art zu ermöglichen und die ambitionierten Ziele der Bundesregierung in Sachen bezahlbarem Wohnen zu erreichen, ist eine Erhöhung der Co-Finanzierung durch Bund und Land notwendig. Hier ist ein verstärkter Druck auf das Land seitens des Bundes gefordert, um die Bereitstellung zusätzlicher Mittel sicherzustellen. Nur mit verlässlichen und langfristigen Förderprogrammen könne die dringend benötigte Transformation des Wohnungsmarktes bewältigt werden.



WOHNEN & INFRASTRUKTUR MUSS FINANZIERBAR WERDEN

Markus Frei, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Ostalb, betonte die Notwendigkeit, innovative Finanzierungsansätze zur Förderung des Wohnungsbaus zu entwickeln. Er forderte eine Reform der bestehenden Förderungen, wie beispielsweise die Lockerung der Einkommensgrenzen für die KfW- und L-Bank-Förderungen, um den Zugang breiter zu gestalten. Eine Vereinheitlichung der Kriterien zwischen den Förderprogrammen der L-Bank und der KfW, um mehr Planungssicherheit und Effizienz zu schaffen, sei unabdingbar. Zudem hob er die Bedeutung der Abschreibungsmöglichkeiten für Neubauten hervor, um Anreize für private Investoren zu schaffen.

Frei plädierte auch für die Senkung der Grunderwerbsteuer und die Wiedereinführung des Schuldzinsabzugs, um den Erwerb von Wohneigentum attraktiver zu machen. Besonders für junge Menschen zwischen 16 und 25 Jahren, die sich aktuell große Sorgen über ihre Wohnperspektiven machen, sei Wohneigentum aufgrund der hohen Preise und finanziellen Hürden nahezu unerreichbar.



Markus Frei, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Ostalb

HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN

Die Wohnungsbaupolitik sieht sich mit vielfältigen Herausforderungen konfrontiert: hohe Baukosten, strengere Umweltauflagen und der zunehmende Sanierungsbedarf im Bestand. Frei verwies auf die Notwendigkeit, die Immobilienkreditrichtlinie abzuschaffen, um die Kreditvergabe zu erleichtern, und auf die besonderen Bedürfnisse des Gebrauchtimmobiliemarktes einzugehen. Der Sanierungszwang sollte auf zehn Jahre ausgeweitet werden, um nachhaltige Modernisierungen zu fördern.

Ein weiteres Problem sieht Frei in der wachsenden Regulatorik, die Banken zunehmend einschränkt und verteuert. Die Transformation der Wirtschaft erfordere immense Investitionen, und um diese stemmen zu können, müsse ein ausreichender Cashflow generiert werden.

INFRASTRUKTUR UND NACHHALTIGE FINANZIERUNG

Ein weiterer zentraler Aspekt des Dialogs war die Rolle der Infrastruktur. Besonders die Finanzierung von Projekten zur Transformation und Modernisierung der Energie- und Wassernetze erfordert hohe Investitionen. In diesem Zusammenhang wurden strukturierte Finanzierungslösungen vorgestellt. Gleichzeitig warnte er vor drastisch steigenden Energiekosten, die die Wohnnebenkosten ins Unermessliche treiben könnten, wenn keine Maßnahmen zur Stabilisierung der Energiepreise getroffen würden.

FAZIT: WOHNEN & INFRASTRUKTUR ALS GESELLSCHAFTLICHER UND WIRTSCHAFTLICHER SCHLÜSSEL

Frei machte deutlich, dass das Thema Wohnen & Infrastruktur nicht nur eine soziale, sondern auch eine wirtschaftliche Dimension habe. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum und mangelnder Infrastruktur bedrohe die gesellschaft-



Manuel Utz von der BSH
Hausgeräte GmbH in
Giengen.



liche Stabilität und hemme die wirtschaftliche Entwicklung. Er appellierte an die Politik, die Eigentumsquote im Blick zu behalten und weitere Anreize für den Erwerb von Wohneigentum zu schaffen. Eine verstärkte Förderung auch für die Sanierung von Bestandsimmobilien sei unerlässlich, um den Wohnraum zukunftsfähig zu machen. Es erfordere nicht nur weniger Bürokratie, sondern auch eine angemessene Unterstützung, um langfristig stabile und lebenswerte Wohn- und Infrastrukturverhältnisse zu sichern.

INFRASTRUKTUR: ERFOLGREICHES TERMINAL FÜR KOMBINIERTEN VERKEHR

Manuel Utz von der BSH Hausgeräte GmbH in Giengen berichtete vom Bau eines eigenen Terminals für kombinierten Verkehr. Dieses Terminal, komplett eigenfinanziert ohne staatliche Fördergelder, spielt seitdem eine zentrale Rolle in der Logistik des Unternehmens. Bereits im Eröffnungsjahr sowie 2010 wurde die Anlage erweitert, um den wachsenden Transportanforderungen gerecht zu werden.

Das Terminal ermöglicht der BSH eine effiziente Anbindung an das Schienennetz. Täglich werden 30 Bahnwaggons abgefertigt, was einen Anteil von etwa 15 Prozent der Transportwege ausmacht. Die übrigen 85 Prozent der Transporte erfolgen nach wie vor per LKW.

Die Verbindungen des Terminals erstrecken sich über drei zentrale Routen:

- Nordhäfen (HPA, BRH, WHV): drei bis fünf Mal pro Woche (Montag, Mittwoch, Freitag), pro Zug 84 TEU.
- Türkei (BSH TR): Zweimal pro Woche (Mittwoch und Freitag), pro Zug 72 TEU.
- Südhafen Triest: Ein bis zwei Mal pro Woche (Donnerstag), pro Zug 80 TEU.

Durch diese Verbindungen konnte BSH im Jahr 1,6 Millionen Tonnen CO₂ einsparen, was die Umweltfreundlichkeit des Projekts eindrucksvoll unterstreicht.

HERAUSFORDERUNGEN

Utz unterstrich die Herausforderungen bei der Umsetzung eines solchen Projekts für Unternehmen. Das sogenannte „Henne-Ei-Prinzip“ verhinderte eine finanzielle Unterstützung zu Beginn, da die Bedingung für Zuschüsse war, dass zunächst Züge fahren mussten. Als diese Anforderung erfüllt wurde, kam es zu weiteren Widerständen: Das Bundesverkehrsministerium argumentierte, dass das Terminal in Ulm-Dornstadt durch das neue BSH-Terminal „kannibalisiert“ werde. Diese Befürchtung erwies sich jedoch als unbegründet, da kein Container von Ulm-Dornstadt abgezogen wurde. Vielmehr hatte BSH zuvor den Hafen Waltershof genutzt.

Zusätzlich betonte Utz die Bedeutung des zweigleisigen Ausbaus und der Elektrifizierung der Brenzbahn für den kombinierten Verkehr. Diese Maßnahmen seien nicht nur essenziell, um die Kapazität und Effizienz auf dieser wichtigen Strecke zu erhöhen, sondern auch ein notwendiger Schritt hin zu einer nachhaltigeren Transportinfrastruktur. Solche Projekte, so Utz weiter, erfordern vorausschauendes Handeln: Es müsse jetzt in Maßnahmen investiert werden, die sich in fünf oder zehn Jahren auszahlen, um die Weichen für die Zukunft des Gütertransports zu stellen.

Darüber hinaus forderte er schnelle und praktikable Lösungen für den Güterverkehr auf der Schiene. Unternehmen benötigten eine verlässliche Infrastruktur, um den Umstieg von der Straße auf die Schiene wirtschaftlich attraktiv zu gestalten. Nur durch umfassende und gezielte Investitionen in den Schienengüterverkehr könne der steigende LKW-Verkehr eingedämmt und eine echte Verlagerung der Transportwege auf die umweltfreundliche Schiene erreicht werden.

FAZIT: VERKEHRSWENDE INSB. IM SCHIENENVERKEHR WEIT ENTFERNT

Die BSH Hausgeräte GmbH hat bewiesen, dass es möglich ist, ein solches Terminal erfolgreich selbstständig zu betreiben. Doch nicht jedes Unternehmen oder jede Region kann es sich leisten, ein vergleichbares Projekt zu finanzieren. Das Beispiel zeigt, dass, wenn das Ziel, mehr Güter auf die Schiene zu verlagern, ernsthaft verfolgt wird, staatliche Förderungen und klare Regelungen für solche Projekte unbedingt notwendig sind. Ohne staatliche Unterstützung ist zu befürchten, dass es in Zukunft kaum neue Terminals geben wird. Gleichzeitig steigen die Preise für den Einzelwagenverkehr stark, was eher zu einer Verlagerung auf den LKW-Transport führen könnte, anstatt mehr Güter auf die Schiene zu bringen. Einfache und transparente Planungsverfahren sind ebenso unerlässlich, um eine echte Verkehrswende hin zu mehr Schienentransporten zu erreichen.

André Mandel von der Stadt Aalen fasste die Kernbotschaften des Expertendialogs zusammen und machte dabei nochmals deutlich, dass erfolgreiche Stadtentwicklung nur durch eine enge Verzahnung von Wohnungsbau und Infrastruktur gelingen kann. Investitionen in nachhaltige Energieprojekte, angepasste Finanzierungsmodelle und die Unterstützung durch staatliche Förderungen sind essenziell, um den Anforderungen der Zukunft gerecht zu werden.

Transformationsnetzwerk Ostwürttemberg

TRANSFORMATIONSSTRATEGIE DER AUTOMOBIL- UND ZULIEFERINDUSTRIE

Die Automobil- und Zulieferindustrie in Ostwürttemberg befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel, der durch die Megatrends Demographie, Dekarbonisierung und Digitalisierung vorangetrieben wird. Ein Blick in die Beschäftigten- und Wertschöpfungsdaten (siehe Abbildung) verdeutlicht die hoch komplexe Betroffenheit der Unternehmen in der Region. Der Transformationsprozess bietet aber auch erhebliche Chancen und Wachstumspotenziale für die Unternehmen und die Region Ostwürttemberg.

Im Rahmen des Projekts „Transformationsnetzwerk Ostwürttemberg“, das von der IHK Ostwürttemberg, der Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH Region Ostwürttemberg (WiRO), dem Bildungswerk der Baden-Württembergischen Wirtschaft e.V. sowie der IG Metall Aalen, Schwäbisch Gmünd und Heidenheim gemeinsam getragen wird, sollen diese Chancen genutzt und die Herausforderungen aktiv angegangen werden. Ziel des Projekts ist es, Unternehmen der regionalen Automobilindustrie und deren Beschäftigte bei den Transformationsprozessen zu unterstützen. Das Projekt wird durch das Förderprogramm „Transformationsstrategien für



Teilnehmende der Expertengruppe diskutieren über Handlungsfelder und Maßnahmen
Quelle: IHK Ostwürttemberg

Regionen der Fahrzeug- und Zulieferindustrie“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) gefördert.

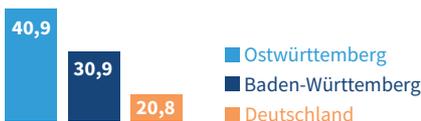
Eine zentrale Aufgabe des Transformationsnetzwerks Ostwürttemberg ist die Entwicklung einer regionalen Transformationsstrategie. Kernziel der Strategie ist die dialogbasierte Ableitung von Maßnahmen und Umsetzung von konkreten Projekten durch das Netzwerk, um Unternehmen in der Region im Zuge der Transformation zu unterstützen.

Die Transformationsstrategie ist eingebettet in die Initiative „Zukunft Ostwürttemberg“, die mit dem Masterplan „Offensive Zukunft Ostwürttemberg“ eine Leitlinie für regional-politisches Handeln bis 2030 darstellt.

AKTIV GESTALTEN: BETEILIGUNG REGIONALER AKTEURE AM STRATEGIEENTWICKLUNGSPROZESS

Mit Unterstützung der Prognos AG hat das Transformationsnetzwerk Ostwürttemberg

WIRTSCHAFTSKRAFT UND STRUKTUR



Anteil des verarb. Gewerbes an der Bruttowertschöpfung 2021 in %

18,2 Mrd. Euro

Regionale Bruttowertschöpfung 2021

+ 34 %

Entwicklung der Bruttowertschöpfung 2011 - 2021

AUTOMOBILPRÄGUNG

10,8 %

der Bruttowertschöpfung entstehen durch die Automobilwirtschaft (bundesweit 9 %)

21.500

Erwerbstätige in der Automobilwirtschaft

10.350

Beschäftigte in tendenziell stärker betroffenen produktionsnahen Automobilwirtschaft

8.350

Beschäftigte in weniger stark betroffenen Produktion „sonstiger Systeme“¹

INNOVATIONSKRAFT

36,5 %

Patentanmeldungen je 10.000 Beschäftigten (2019), Land: 22,2 / Bund: 10,5

13,7 %

Ø Investitionsquote des verarb. Gewerbes (2019-2021); Land: 8,8 %

Überblick Wirtschaftsstruktur und Automobilprägung Quelle: Prognos AG



- Höchste Prio
- Hohe Prio
- Mittlere Prio



Übersicht der Handlungsfelder und Maßnahmen inklusive Priorisierung
Quelle: Prognos AG

zur Entwicklung der regionalen Transformationsstrategie einen mehrstufigen Prozess initiiert. Beginnend mit einer Meta- und Trendanalyse zur Bewertung der aktuellen Lage und Identifizierung von Handlungsbedarfen, wurden Expertinnen- und Experteninterviews geführt, um regionale Zukunftspotenziale zu erfassen. Ergänzend wurde ein KI-gestütztes Kompetenzfeldprofil erstellt, um die Kompetenzen der regionalen Unternehmen genau zu erfassen.

Diese Erkenntnisse flossen in eine SWOT-Analyse ein, die als Grundlage für drei Workshops mit Akteuren aus Unternehmen, Wissenschaft und regionalen Institutionen diente. In den Workshops wurden Vision, Mission und zentrale Handlungsfelder der Strategie erarbeitet. Abschließend wurden konkrete Maßnahmen und ein Umsetzungsplan entwickelt, um die regionale Wirtschaft gezielt im Transformationsprozess zu unterstützen.

GEMEINSAM UMSETZEN: HANDLUNGSFELDER UND KONKRETE MASSNAHMEN FÜR OSTWÜRTTEMBERG

Als Ergebnis des Strategieprozesses wurden fünf zentrale Handlungsfelder definiert, die aufzeigen, in welchen Bereichen die Region Ostwürttemberg aktiv werden muss. Diese Handlungsfelder sind entscheidend für das Gelingen der Transformation. Jedes Handlungsfeld ist mit konkreten Maßnahmen unterlegt, die durch die Expertengruppe priorisiert wurden und einen klaren Handlungs- und Umsetzungsrahmen für die Zukunft schaffen.

Ein zukunftsorientiertes und resilientes regionales Innovationsökosystem ermöglicht es der Region Ostwürttemberg, die Transformationsaufgaben erfolgreich zu meistern und die Wettbewerbsposition langfristig zu sichern. Mit einem fünfteiligen Maßnahmenpaket sollen daher Produkte, Dienstleistungen, Tech-

nologien und Geschäftsmodelle durch eine intensivere Zusammenarbeit, einen verstärkten Wissensaustausch und den Zugang zu vielfältigen Ressourcen gefördert werden. Auch die Verfügbarkeit und Entwicklung von Fachkräften mit den benötigten Schlüsselqualifikationen ist von entscheidender Bedeutung. Eine Qualifizierungsoffensive mit gezielten Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen hilft den Unternehmen, sich auf die neuen technologischen und ökonomischen Anforderungen vorzubereiten. Effiziente Regulatorik und moderne Verwaltung, die auf Digitalisierung und vereinfachte Verfahren setzen, sind die Grundlage für schnelles und flexibles Handeln in einem dynamischen Marktumfeld. Ein starkes Innen- und Außenmarketing stärkt das Bewusstsein für den Wandel und positioniert die Region als zukunftsorientierten und innovativen Wirtschaftsstandort im Automotive-Bereich.

Die Umsetzung der Maßnahmen erfordert nicht nur die Mitwirkung der Akteure des Transformationsnetzwerks, sondern auch die gezielte Einbindung regionaler Partner im gemeinsamen Schulterschluss. Einige Maßnahmen, wie der jährlich stattfindende Transformationskongress und thematische Transformationswerkstätten, sind bereits in der Umsetzung. Weitere Initiativen, wie die Schaffung einer Innovations- und Transformationsplattform für die Region, werden derzeit vorbereitet. Aktuelle Angebote und weiterführende Informationen über das Transformationsnetzwerk Ostwürttemberg finden Sie unter www.zukunftslieferer.de.

Teilnehmende der Expertengruppe diskutieren über Handlungsfelder und Maßnahmen
Quelle: IHK Ostwürttemberg



Transformationskongress 2024

AUF DEM WEG IN RICHTUNG ZUKUNFT

Beim zweiten Transformationskongress in der Region fordert Prof. Dr. Michael Braungart einen Bruch mit unserem Denken. Firmen berichten über ihre Transformation, Experten über Methodik und Hilfestellungen.

Die Transformation der Wirtschaft ist in vollem Gange. Nicht nur die Autoindustrie spürt die Folgen des Abschieds vom Verbrenner, der Energiewende und dem allgemeinen Trend der Dekarbonisierung. Der zweite Transformationskongress der Region zeigt auf, wie Unternehmen diesen Wandel, der zudem durch Digitalisierung und demographische Entwicklung getrieben wird, bewältigen können: mit Innovationen, neuen Prozessen oder gar einer Revolution der kompletten Wirtschaft, wie ihn Top-Referent Prof. Dr. Michael Braungart propagiert. Er sagt: „Nachhaltigkeit und Innovation schließen sich aus.“ Rund 200 Gäste hörten den insgesamt zehn Referenten im Schwäbisch Gmünder Congress Centrum Stadtgarten aufmerksam zu.

Die Ausgangslage. „Ostwürttemberg hat mit seinen erfolgreichen Mittelständlern, der Forschungslandschaft und der hohen Patentdichte eine gute Ausgangslage, aber wir brauchen mehr Dynamik“, betont Ostalb-Landrat Dr. Joachim Bläse. Forschung sei zentral, um diese zu erzeugen. Deshalb benötige es eine verlässliche Forschungsförderung, für die man auch beim Berlin-Besuch der Region vor einigen Tagen geworben hat. Sein Heidenheimer Landrat-Kollege Peter Polta weist auf die Bedeutung einer funktionierenden, gut ausgebauten Infrastruktur hin, wirbt für den Ausbau der Brenzbahn und lobt wie IHK-Hauptgeschäftsführer Thilo Rentschler den Schulterchluss zwischen den beiden Landkreisen in der Region.

Thilo Rentschler sagt: „Wir müssen unser Schicksal selbst in die Hand nehmen.“ Der

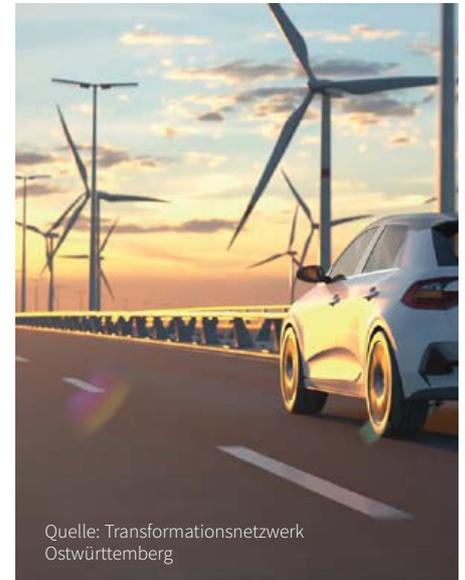


Keynote-Speaker Michael Braungart.
Fotos: Justin Wild/Corner Designstudio

Grund: Gerade aus Brüssel wird wenig Unterstützung erwartet, wie Gmünds OB Richard Arnold nach einer Reise in die EU-Zentrale konsterniert feststellt: „In Brüssel ist nichts angekommen von den Problemen in Baden-Württemberg.“ Dort würden die Fördergelder in Sieben-Jahres-Zyklen geplant, bis 2027 ist also keinerlei Hilfe zu erwarten.

DIE DISRUPTION: CRADLE-TO-CRADLE

Keynote-Speaker Michael Braungart plädiert in seinem Vortrag für eine radikale Abkehr vom aktuellen Wirtschafts- und Nachhaltigkeitsdenken. Nachhaltigkeit und Innovation schlossen sich aus, derzeit fokussierten sich die Unternehmen beim Klima- und Umweltschutz auf Effizienzmaßnahmen, um das Bestehende zu optimieren. Mit Folgen: So bleibe zum Beispiel der Reifenabrieb inzwischen nicht mehr auf der Straße haften, sondern belaste die Lungen von Menschen und Tieren. Er plädiert für das Cradle-to-Cradle-Prinzip (zu deutsch: von der Wiege zu Wiege).



Quelle: Transformationsnetzwerk
Ostwürttemberg

Das Prinzip zielt darauf ab, Produkte und Materialien in geschlossenen Kreisläufen zu verwenden, ohne Abfall zu erzeugen. Es unterscheidet zwischen biologischen und technischen Kreisläufen: Biologische Materialien sollen vollständig in die Natur zurückgeführt und wiederverwertet werden können, während technische Materialien endlos in Produktionsprozesse zurückgeführt werden, ohne Qualitätsverlust. Das Ziel ist es, eine durchgängige Wiederverwertung sicherzustellen und eine umweltfreundliche, ressourcenschonende Produktion zu fördern. Braungart fordert Effektivität statt Effizienz. Statt Reduce, Reuse, Recycle (Reduzieren, wiederverwenden, recyceln) müsse die Wirtschaft sich an Rethink, Invent, Design (Überdenken, erfinden, designen) orientieren.

In der Praxis würde das wiederverwendbare Produkte bedeuten, etwa Autos oder Waschmaschinen. Der Kunde kauft diese nicht mehr, sondern bezahlt für die Dienstleistung, in diesen Fällen Mobilität und saubere Kleidung. Die Hersteller müssten die Produkte wieder zurücknehmen und wiederaufbereiten, Kunden zahlen eine monatliche oder jährliche (analog zu Software-Lizenzen) Gebühr. „Das bedeutet einen Bruch mit unserem Denken, macht die Produkte aber hochwertiger, besser und langlebiger. Solange Produkte gekauft werden, ist Neugeschäft für Firmen nur dann möglich, wenn diese kaputtgehen.“

Die Praxis. Im Anschluss berichten zahlreiche Unternehmerinnen und Manager, wie in ihren Betrieben an der Transformation gearbeitet wird. Dr. Stefan Hellfeld, Geschäftsführer der

Rund 200 Gäste kamen zum Transformationskongress 2024.



Lorcher Aradex AG, berichtet etwa offen von Problemen bei der Umsetzung der Transformation in die Praxis, die viele neue Prozesse erfordere – und auf ein über Jahrzehnte gewachsenes Selbstverständnis der Automotive-Branche treffe. Er empfiehlt deshalb: Häufiger einen Schritt zurück gehen, um dann schneller voranzukommen. Ebenfalls zentral: Die Menschen im Betrieb an dem Prozess der Transformation permanent zu beteiligen.

Anna Rojan von „The DO“ in Berlin betont in ihrem Vortrag die Bedeutung von Innovation für die Wirtschaft. „Innovation ist ein Veränderungsprozess.“ Dieser habe eine menschliche und eine technisch-methodische Komponente. Nötig seien eine radikale Kundenzentrierung, man müsse die Menschen im Unternehmen beim Innovationsprozess mitnehmen, in diversen Teams arbeiten, die bessere Ergebnisse erzielen würden und anerkennen, dass Innovation harte emotionale Arbeit sei. Sie sagt: „Innovation ist mehr methodisch als zufällig.“ Unternehmen und Forscherinnen müssten sich in das Problem, nicht die Lösung „verlieben“, statt auf Planbarkeit komme es auf Anpassungsfähigkeit an und man müsse vermeiden, eine eierlegende Wollmilchsau entwickeln zu wollen: Weniger kann also mehr sein. Sie propagiert, immer die einfachste Lösung zu verwirklichen. Und: „Innovation ist nicht Entweder-Oder, es bedeutet nicht, dass Alte sein zu lassen und nur das Neue wagen.“ Bisherige Geschäftsmodelle könnten parallel zu neuen Wegen erhalten werden.

Prof. Dr. Katharina Hölzle (Institutsleiterin IAT Universität Stuttgart und Fraunhofer IAO sowie Technologiebeauftragte der Wirtschaftsministerin Baden-Württemberg) erklärt, was es braucht, um den Standort Baden-Württemberg zukunftsfit zu machen. In der Autoindustrie müsse ein Umdenken stattfinden, statt in Einzelkomponenten, müsse in Systemen und Plattformen gedacht werden. Chinesische Unternehmen machten diese bei



ihren Autos. „Produkte müssen vom Ende her gedacht werden“, sagt Hölzle, die aktuell an der Entwicklung einer Innovationsstrategie fürs Ländle arbeitet. „Die zentrale Zukunftskompetenz liegt im Denken in Öko-Systemen und Kreisläufen.“ In Baden-Württemberg sieht sie dabei Nachholbedarf, aber eine gute Basis. „Wir sind spitze im Ingenieurwissen. Wir haben einen speziellen Blick auf unsere Produkte und ihre Wirkung, benötigen aber mehr Freiräume für Firmen, weniger Bürokratie und mehr Interdisziplinarität.“

WEITERE VORTRÄGE UND IMPULSE

Im Panel Nachhaltigkeit und Klimaschutz referiert Stephanie Kickert, Inhaberin der Nürnberger Kickert Consult, über das Thema „Soziale Nachhaltigkeit als Erfolgsfaktor für Unternehmen“. Tessa Quandt, bei der Varta AG für Nachhaltigkeit zuständig, stellt den ganzheitlichen Ansatz ihres Unternehmens für eine nachhaltigere Zukunft vor. Im Panel Digitalisierung und Technologie gibt Gerald Weinfurter von Webasto als Ergänzung zu Prof. Dr. Katharina Hölzle in seinem Best-Prac-

tice-Vortrag tiefe Einblicke in das Familienunternehmen, das den Transformationsprozess bereits weit vorangetrieben hat.

Im Panel Qualifizierung und Beschäftigungssicherung berichten Jörg Müller, ehemaliger Leiter des VW-Werks Braunschweig, sowie Uwe Fritsch, sein ehemaliges Pendant und „Sparringspartner“ als Betriebsratsvorsitzender des VW-Werks, vom Wandel bei der letzten Transformation beim Autohersteller. Sie hatten sich – bei allen unterschiedlichen Sichtweisen – darauf verständigt, gemeinsam definierte Ziele zu erreichen. „Dazu ist eine Vertrauensbasis und ein Begegnen auf Augenhöhe notwendig“, so Müller. Und Fritsch ergänzt: „Und es bedarf dem Austragen von Konflikten in den Gremien – das Werben für gute Lösungen, das dem Werk vor Ort hilft-Transformation ordentlich hinzubekommen.“

Den Abschluss beim Transformationskongress macht Prof. Dr. Volker Knoblauch, Prorektor der Hochschule Aalen. Er fasst die Herausforderungen der Transformation bezüglich Ressourcen, Klima und Produktivität zusammen und verknüpft sie mit Beiträgen, die seine Hochschule zu deren Lösung bietet.



Nach den Keynotes gab es Zeit zum Austausch und Vernetzen.



Begrüßungsrunde mit Moderatorin Anja Krätschmer, Ostalb-Landrat Dr. Joachim Bläse, dem Heidenheimer Landrat Peter Polta, IHK-Hauptgeschäftsführer Thilo Rentschler und dem Gmünder OB Richard Arnold.

Zukunft im Fokus

EINE AUSSTELLUNG ÜBER INNOVATION, NACHHALTIGKEIT UND DEN WANDEL

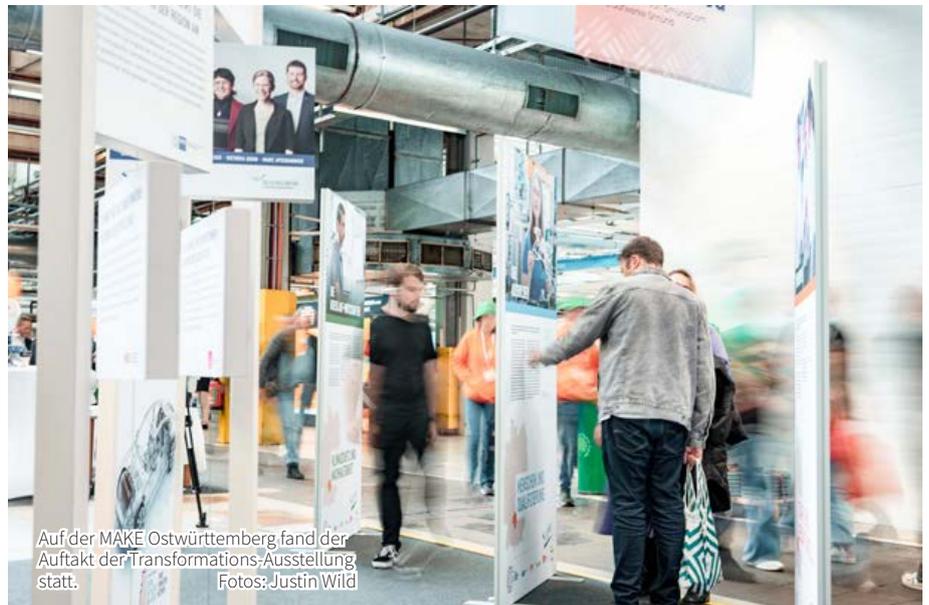
Die Transformations-Ausstellung zeigt eindrucksvoll, wie Unternehmen aus Ostwürttemberg den Wandel aktiv gestalten und Zukunftschancen ergreifen. 16 regionale Firmen aus der Automobilindustrie und dem Maschinenbau präsentieren ihre inspirierenden Geschichten und geben Einblicke in ihre Strategien und Ansätze. Ziel der Ausstellung ist es, Mut zu machen und zu zeigen, dass Transformation nicht nur notwendig, sondern auch gestaltbar ist. Sie bietet praxisnahe Lösungen und Impulse für Unternehmen, die ihren eigenen Weg in Richtung Zukunft finden möchten. Die Themenschwerpunkte liegen auf Klimaschutz & Nachhaltigkeit, Innovation & Digitalisierung, Start-ups & Geschäftsmodelle sowie Menschen & Qualifizierung.

RÜCKBLICK: EIN ERFOLGREICHER AUFTAKT BEI DER MAKE OSTWÜRTTEMBERG

Die Ausstellung startete erfolgreich auf der MAKE Ostwürttemberg in Schwäbisch Gmünd. Rund 7000 Besucherinnen und Besucher hatten die Gelegenheit, um erste Einblicke in die Transformationsprozesse der Unternehmen zu erhalten. Dabei wurde deutlich, wie Ostwürttemberg den Wandel lebt und aktiv die Zukunft gestaltet.

DIE NÄCHSTEN SCHRITTE: WANDER-AUSSTELLUNG DURCH DIE REGION

Nach dem Auftakt geht die Ausstellung auf Reisen und wird an fünf verschiedenen Standorten in Ostwürttemberg gezeigt. Jede Station



Auf der MAKE Ostwürttemberg fand der Auftakt der Transformations-Ausstellung statt. Fotos: Justin Wild

beginnt mit einer Eröffnungsfeier, bei der die Unternehmen ihre Geschichten präsentieren und wertvolle Einblicke in ihre Entwicklungsprozesse geben. Dabei liegen die Schwerpunkte an jedem Ort auf unterschiedlichen Themen der Transformation. Die Ausstellung lädt dazu ein, sich von den Erfolgsgeschichten inspirieren zu lassen und den Dialog über die Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft zu fördern.

Kostenlose Broschüren mit ausführlichen Informationen liegen bei den Eröffnungsterminen vor Ort aus.

Seit dem 6. November 2024 ist die Transformationsausstellung im Foyer der IHK Ostwürttemberg in Heidenheim zu sehen. Zum 23. Januar 2025 wandert sie mit dem Schwerpunkt Start-ups und Geschäftsmodelle weiter ins Rathaus Schwäbisch Gmünd und zum 12. März 2025 mit dem Schwerpunkt Klimaschutz und Nachhaltigkeit ins Palais Adelman nach Ellwangen. Der 7. Mai 2025 markiert den Auftakt für die Transformationsausstellung mit dem Schwerpunkt Menschen und Qualifizierung im Foyer der Kreissparkasse Giengen und ab 2. Juli 2025 schließt sie mit dem Schwerpunkt Innovation und Digitalisierung in der Galerie des Rathauses Aalen ab. Weitere Informationen und Anmelde links zu allen Eröffnungsterminen unter: www.zukunftslieferer.de/transformations-geschichten/von-unternehmen



Transformations-Challenge

INNOVATION DURCH KOOPERATION

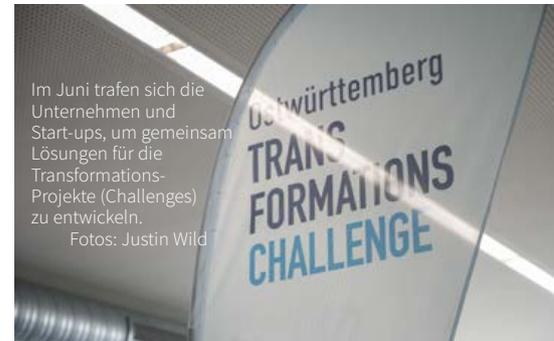
Unter dem Motto „Innovation durch Kooperation“ vereint die Transformations-Challenge Ostwürttemberg seit Jahresbeginn Unternehmen und Start-ups, um gemeinsam neue Wege in der regionalen Wirtschaft zu beschreiten. Fünf Unternehmen arbeiten mit innovativen Partnern aus der Start-up-Szene und Wissenschaft an praxisnahen Lösungen für betriebliche Herausforderungen. Die Initiative setzt auf langfristige Partnerschaften, die über die Projektphase hinaus Bestand haben sollen, und entwickelt nachhaltige Ansätze in den Bereichen Digitalisierung, neue Geschäftsmodelle und Nachhaltigkeit. Ziel ist es, durch die enge Zusammenarbeit nicht nur aktuelle Probleme zu lösen, sondern auch zukünftige Innovationsprojekte und die Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu stärken. Aus einer Auswahl von insgesamt 143 Start-ups und Lösungsanbietern haben die Unternehmen sechs Finalisten ausgewählt, mit denen die Zusammenarbeit fortgesetzt wurde.

DAS FINALE DER INNOVATIONEN - ERGEBNISSE WERDEN ÖFFENTLICH VORGESTELLT

Ein Highlight der Transformations-Challenge ist der sogenannte Result-Day: Hier werden die Projektfortschritte und -ergebnisse einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt und bieten zugleich eine wertvolle Plattform für den fachlichen Austausch und das Networking. Neben den Präsentationen der Projekte umfasst das Programm inspirierende Keynotes und Einblicke in die Arbeitsprozesse, die hinter den Projekten stehen. Das Abschlussereignis zeigt dabei eindrucksvoll, wie gemeinsames Know-how nicht nur aktuelle Probleme lösen kann, sondern auch langfristige, zukunftsweisende Partnerschaften für die regionale Wirtschaft ermöglicht.

EINE CHANCE FÜR UNTERNEHMEN, DIE ZUKUNFT MITZUGESTALTEN

Die Transformations-Challenge markiert die Bedeutung von interdisziplinären Kooperationen für den Innovationsfortschritt in der Region. Für Unternehmen der Automobil- und Zulieferindustrie, die daran interessiert sind, ihre Innovationskraft mit Hilfe von Start-ups zu stärken und gemeinsam zukunftsweisende Projekte anzustoßen, ist eine Teilnahme an der Transformations-Challenge 2025 möglich.



Im Juni trafen sich die Unternehmen und Start-ups, um gemeinsam Lösungen für die Transformations-Projekte (Challenges) zu entwickeln.
Fotos: Justin Wild



Weitere Informationen und Anmeldung:
<https://event-ihk.de/transformationschallenge2025-challenge-geber-werden>

Challenge-Geber

Robert Bosch Automotive Steering GmbH
ams Osram Group
Gesensschmiede Schneider Aalen GmbH
Weisser Spulenkörper GmbH & Co.KG
Wilhelm Stolz GmbH & Co.KG

Kooperationspartner

Alloqis GmbH
Puray GmbH und Ondosense GmbH
PHM Industrieanlagen GmbH
EVERSION Technologies GmbH
8-bot Robotics

Offensive Zukunft Ostwürttemberg

ZWISCHENBILANZ UND AUSBLICK

Im November 2021 startete die Offensive „Zukunft Ostwürttemberg“ mit dem Ziel, die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. 400 Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik entwickelten gemeinsam sechs Zielfelder, die im Masterplan Ostwürttemberg 2030 zusammengefasst sind. Die Offensive ist ein Paradebeispiel für erfolgreiche Zusammenarbeit. 23 Partner treiben gemeinsam die sechs Zielfelder voran und haben in den letzten drei Jahren beachtliche Fortschritte gemacht. Der enge Schulterschluss ist der Schlüssel zum Erfolg dieser Initiative. Diese Offensive zeigt, wie eine Region aktiv den Wandel gestalten kann.

ZIEL 1 WASSERSTOFFREGION

Ostwürttemberg hat früh die Bedeutung des Wasserstoffs für die Energieversorgung der Zukunft erkannt. In mehr als 50 Veranstaltungen wurde das Ziel der Wasserstoffregion verfolgt. Es ist gelungen ein regionales Wasserstoffkonzept zu entwickeln und die Wasserstoffbedarfe der regionalen Wirtschaft zu bündeln. Dies diente auch als Blaupause der landesweiten Offensive. Größter politischer Erfolg ist die Aufnahme der bereits planfestgestellten SEL-Gasleitung in das deutsche Wasserstoff-Kernnetz. Damit sind die Voraussetzungen für die Versorgung der Region mit Wasserstoff geschaffen. Der Bau des aktuell größten süddeutschen Elektrolyseurs in Schwäbisch Gmünd gehört auch zu den Meilensteinen. Damit wurde die Basis für den grünen Technologiepark Aspen gelegt, bei dem die Region Maßstäbe für zukunftsfähige, nachhaltige Industriegebiete setzt. Die Wasserstoffwende braucht aber auch Fachkräfte: Hier hat der Graduate Campus beispielsweise mit dem berufsbegleitenden Master für Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologien neue Angebote entwickelt. Mit dem fem Institut gibt es ein weiteres wichtigen Know-how Träger der Forschungsprojekte in diesem Technologiefeld vorantreibt. Die nächsten Schritte sind nun die Entwicklung des regionalen Verteilernetzes und auch Überlegungen, inwieweit weitere Elektrolyseure als Speicher des Stroms aus erneuerbaren Energien sinnvoll sein können.

ZIEL 2 TRANSFORMATIONSNETZWERK

Das vom Bundeswirtschaftsministerium geförderte Transformationsnetzwerk Ostwürttemberg unterstützt die regionale Automobilzulieferindustrie und den fahrzeugnahen Maschinenbau bei der Transformation. Nach zwei Jahren Projektlaufzeit kann das Bündnis aus IHK Ostwürttemberg, WiRO, IG Metall und Bildungswerk der Baden-Württembergischen Wirtschaft eine erfolgreiche Zwischenbilanz ziehen: 2.700 Teilnehmende an 90 Veranstaltungen und 150 Unternehmenspartner sowie 8 neu entwickelte Qualifizierungsangebote. Zu den konkreten Angeboten gehören Werkstätten zu Fachthemen wie Innovationsmethoden und Geschäftsmodellentwicklung aber auch Qualifizierungsmöglichkeiten. Darauf aufbauend ermöglicht es beispielsweise die Transformations-Challenge, in der etablierte Unternehmen mit Start-ups und Tech-Unternehmen vernetzt werden, unternehmensspezifische Innovationen voranzutreiben. Das Netzwerk berät auch zu Fördermöglichkeiten für Betriebe. In den letzten zwei Jahren flossen dadurch fast 3,6 Mio. EUR Fördermittel zusätzlich in die Region. Der Transformationskongress Ostwürttemberg entwickelt sich zur zentralen Austauschplattform mit knapp 400 Gästen in den letzten zwei Jahren. Anfang November findet die Premiere der Transformationsausstellung statt. Hier werden 16 erfolgreiche Transformationsgeschichten präsentiert, die Mut machen sollen. Die Ausstellung wird die nächsten Monate in Aalen, Ellwangen, Giengen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd zu sehen sein. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus Unternehmen und Hochschulen wurde 2024 auch eine Strategie mit Fokus auf die Automobilzulieferer entwickelt. Die dort identifizierten Maßnahmen werden ab 2025 umgesetzt. Hierfür werden die vier Partner auch die Möglichkeit der Verlängerung des Projekts bis 31. Dezember 2025 nutzen.

ZIEL 3 KLIMANEUTRALE REGION

Ostwürttemberg hat den Ausbau erneuerbarer Energien schon früh vorangetrieben und plant über das 2% Ziel hinaus weitere Flächen für erneuerbare Energien auszuweisen. Dabei muss die Region, um die Wettbewerbsfähigkeit nicht zu verlieren, nicht nur die Versorgungssicherheit, sondern vor allem auch die Energiepreise im Blick behalten. Entscheidend sind hierbei vor allem die ungerechten Netzentgelte, die einseitig Regionen mit einem hohen Anteil Erneuerbarer belasten. Erste politische Weichenstellungen helfen, die Preise wieder wettbewerbsfähiger zu machen. Die Region verfolgt aber weiter aktiv die Themen, welche entscheidend für eine erfolgreiche Energiewende sind. Dazu gehört vor allem der Ausbau der Netze in die großen Investitionen fließen. Sowie die Schaffung der planerischen Voraussetzungen: Die Teilfortschreibung des Regionalplans Windenergie ist in den Entzügen. Zudem versucht die Region mit Hilfe von Fördermitteln ein Gesamtkonzept unter Berücksichtigung aller Energieformen zu entwickeln. Auch bei der Unterstützung der Unternehmen ist die Region aktiv. Mit Gründung des IHK-Netzwerkes für Nachhaltigkeitsmanagerinnen und -manager mit fast 90 Mitgliedern wurde hier eine wichtige Austauschplattform etabliert. Für 2025 sind zudem Projekte für den Aufbau einer Kreislaufwirtschaft angedacht. Im Blick hat die Region auch die Themen Taxonomie und Sustainable Finance.





ZIEL 4 START-UP UND INNOVATIONS-STRUKTUREN

Alle 30 Partner der Start-up Region Ostwürttemberg haben sich in den Strategieentwicklungsprozess zur Weiterentwicklung der Start-up Aktivitäten der Region eingebracht. Vision ist aus dem aktuellen Start-up Wäldchen der Region ein funktionierendes Start-up Ökosystem zu entwickeln. Dafür wurde ein neuer konzeptioneller Ansatz verfolgt. Im Kern werden Unternehmen, Start-ups und Wissenschaft als Teil der künftigen Innovations- und Transformationsplattform zusammen gedacht. Im Strategieprozess wurden konkrete neue Angebote entwickelt, Organisationsformen und Finanzierungsmodelle geprüft. Dabei hat der Verein Start-up Region Ostwürttemberg und der Beteiligungsfonds Pegasus beschlossen die Kräfte zu bündeln. Durch die Umfirmierung des Pegasus-Fonds in die Zukunft Ostwürttemberg GmbH & Co. KG werden hierfür im Frühjahr 2025 die organisationalen Voraussetzungen geschaffen. Personell wird die Gesellschaft durch ein Managementboard und Projektmanagerinnen und -manager gestärkt. Zentrale Ziele sind die Professionalisierung der Start-up Betreuung durch ein Acceleratoren-Programm und ein Mentorennetzwerk. Außerdem soll die Sichtbarkeit des Start-up Ökosystems ausgebaut werden. Hierfür werden strategische Partnerschaften aufgebaut und die Make Ostwürttemberg sowie der Transformationskongress zu hochkarätigen Netzwerkevents weiterentwickelt. Die schlagkräftige regionale Gesellschaft stärkt mit ihren Angeboten auch die lokale Gründerökosysteme. Aktuell werden Gespräche mit dem Land bezüglich einer möglichen Anschubförderung geführt und im nächsten Schritt sollen Partner aus Unternehmen und Wissenschaft gewonnen werden. Der Beteiligungsfonds Pegasus hat beschlossen, eine jährliche Anschubfinanzierung bei-zuzugan.

ZIEL 5 BESCHÄFTIGUNGS- UND QUALIFIZIERUNGSOFFENSIVE

In diesem Handlungsfeld arbeiten 19 Partner der Fachkräfteallianz Ostwürttemberg intensiv zusammen. Ihr Ziel ist es Fachkräfte von Morgen auszubilden und für die Region zu begeistern, aber auch alle aktuell Beschäftigten fit zu machen für die künftigen Anforderungen in ihren Berufsbildern. Die Basis hierfür die Fortschreibung der Future Skills Studie, die wichtige Informationen bietet, um Weiterbildungsangebote in der Region weiterzuentwickeln. Durch die Förderung des Transformationsnetzwerkes war es zudem möglich durch eine GAP-Analyse aufzuzeigen, wo es in der Region im Bereich Qualifizierung noch Lücken gibt. Die Region hat dabei viele Zielgruppen im Blick und adressiert sowohl die sog. Stille Reserve, An- und Ungelernte, aber auch hochqualifizierte Fachkräfte. Immer wichtiger wird auch die Rekrutierung von Fachkräfte aus dem Ausland, nicht nur in den Unternehmen, sondern auch an den Hochschulen. Mit dem Weiterbildungstag an der Hochschule Aalen, dem Ausbildungsbooster 5 TAGE – 5 STÄDTE – 55 BERUFE UND MEHR!, dem Job-Bus, dem Ausbau des Welcome Centers wurden hier erfolgreiche Projekte gestartet. Für 2025 hat sich die Region u. a. die Gründung eines Netzwerkes „Internationales Recruiting“ vorgenommen. In diesem Zusammenhang sollen die Europäische Ausbildungs- und Transferakademie in Ellwangen und auch der International Club Ostwürttemberg weiter ausgebaut werden.

ZIEL 6 STANDORTMARKETING

Die Region muss sich verstärkt im Wettbewerb um Unternehmen und vor allem auch Fachkräfte positionieren. Mit dem Relaunch des regionalen Dachmarkenlogos wurde hierfür eine wichtige Basis geschaffen. Es bleibt bei der starken Marke „Region der Talente und Patente“ welche die starke Innovationskraft und Patentdynamik der Region Sichtbarkeit nach außen und innen verleiht. Unter diese Dachmarke wurden alle regionalen Initiativen versammelt, so dass alle Zukunftsprojekte auch zugleich das Gesamtmarketing der Region stärken. Neu ist, dass die Region sich zusätzlich selbstbewusst als Zu[kunfts]lieferer“ präsentiert. Hier wollen wir deutlich machen, dass hier viele innovative Unternehmen als Zulieferer Zukunft gestalten und damit attraktive Arbeitgeber für Nachwuchskräfte und Talente sind. Durch die Förderung des BMWK im Transformationsnetzwerk wurde es auch möglich, die Transformations-Botschafter Kampagne zu starten. Diese neun Botschafter sind die Gesichter des Wandels der Region, alles Menschen, die schon heute aktiv Zukunft mitgestalten. Den Startschuss der Kampagne gab es anlässlich des Transformationskongresses. Noch im November 2024 wird ein Standortmarketing-Workshop stattfinden, der konkrete nächste Kampagnenziele und Maßnahmen auf den Weg bringen wird.

OFFENSIVE 2.0

Die Partner der Offensive haben bereits beim Steuerungskreis im Oktober dieses Jahres die Weichen für die nächsten Schritte gestellt. Der Masterplan Ostwürttemberg wird weiterentwickelt und auch sein Planungshorizont von 2020 auf 2035 ausgeweitet. Die Ergebnisse aus Berlin werden wir nächstes Jahr nach Stuttgart tragen und auch Brüssel wird in den Blick für eine politische Initiative genommen. An den notwendigen gesetzlichen Anpassungen und auch dem Lobbying für Fördermöglichkeiten bleibt die Offensive dran. Die Zukunftsprojekte werden weiter vorangetrieben und im Zuge der Fortschreibung des Masterplans auch neue Ideen mit aufgenommen.

Fünf-Punkte-Papier für Wohnen und Infrastruktur

ÜBERGEBEN AN BUNDESBAU-MINISTERIN KLARA GEYWITZ, STELLVERTRETEND FÜR DIE BUNDESPOLITIK

1 Flexibilisierung der Bauvorschriften

• Rahmenbedingungen müssen flexibel, schnell umsetzbar sein und an geringere Bedingungen geknüpft werden. Dazu gehören eine Reduzierung bürokratischer Hürden und eine Anpassung der Energieeinsparverordnung (EnEV).

2 Infrastruktur & Wohnen muss finanzierbar werden

• EK-Unterlegung der Banken von derzeit bis zu 150 Prozent auf 50 Prozent senken, insb. Verhinderung der Aufstockung auf bis zu 300 Prozent (Infrastruktur) bzw. 250 Prozent (Wohnen)

Eine Senkung der Eigenkapitalunterlegungsquote für Banken von aktuell 150 Prozent auf 50 Prozent würde die Kreditvergabe an Unternehmen und Verbraucher erleichtern und so die Wirtschaft ankurbeln. Diese Maßnahme könnte insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen zugutekommen und die Investitionstätigkeit in Deutschland fördern.

• Abschaffung des antizyklischen Kapitalerhaltungspuffers und des sektoralen Immobilienzuschlags

Ohne den zusätzlichen Kapitalpuffer könnten Banken günstigere Konditionen für Baufinanzierungen anbieten, was Investitionen in Bauprojekte fördert.



IHK-Präsident Markus Maier (Mitte) und IHK-Hauptgeschäftsführer Thilo Rentschler übergeben Bundesbauministerin Klara Geywitz in Berlin das Fünf-Punkte-Papier für Wohnen und Infrastruktur.

• Bundesmittel für den Wohnbau aufstocken
Der Druck auf die Länder für die Wohnraumförderung muss erhöht werden. Erklärtes Ziel sollte eine 1:1-Förderung von Bund und Land sein.

• Sondermittel für den Ausbau und die Modernisierung der Schieneninfrastruktur
Nur so können wir den Schienenverkehr attraktiver machen und einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

3 Bauen beschleunigen – Recht und Sicherheit wahren

• Vereinfachung bürokratischer Hürden (bspw. Emissionsschutz in dörflichen Gebie-

ten) Ausreichende Ressourcen für Kommunen, um Bauvorhaben zügig zu begleiten. Frühzeitige Einbindung der Öffentlichkeit in Planungsprozesse

4 Einfacher bauen, günstiger wohnen: Gebäudetyp E für alle

• Das Gebäudetyp-E-Gesetz soll das Bauen in Deutschland revolutionieren und für alle Beteiligten – von Bauunternehmen über Architekten bis hin zu den zukünftigen Bewohnern – Vorteile bringen.

5 Eigentumsquote erhöhen

Durch steuerliche Anreize für Immobilienkäufer und weitere Anreize.

ANZEIGE

L&K[®] WIR SCHÜTZEN IHRE IDEEN

LORENZ & KOLLEGEN
Patents · Trademarks · Designs

Stammsitz: Heidenheim Alte Ulmer Straße 2 89522 Heidenheim Fon: +49 (0)7321 9595-0	Außenstelle: München Theatinerstraße 45 80333 München Fon: +49 (0)89 89356988-0
-------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------

www.lorenz-kollegen.com | office@lorenz-kollegen.com

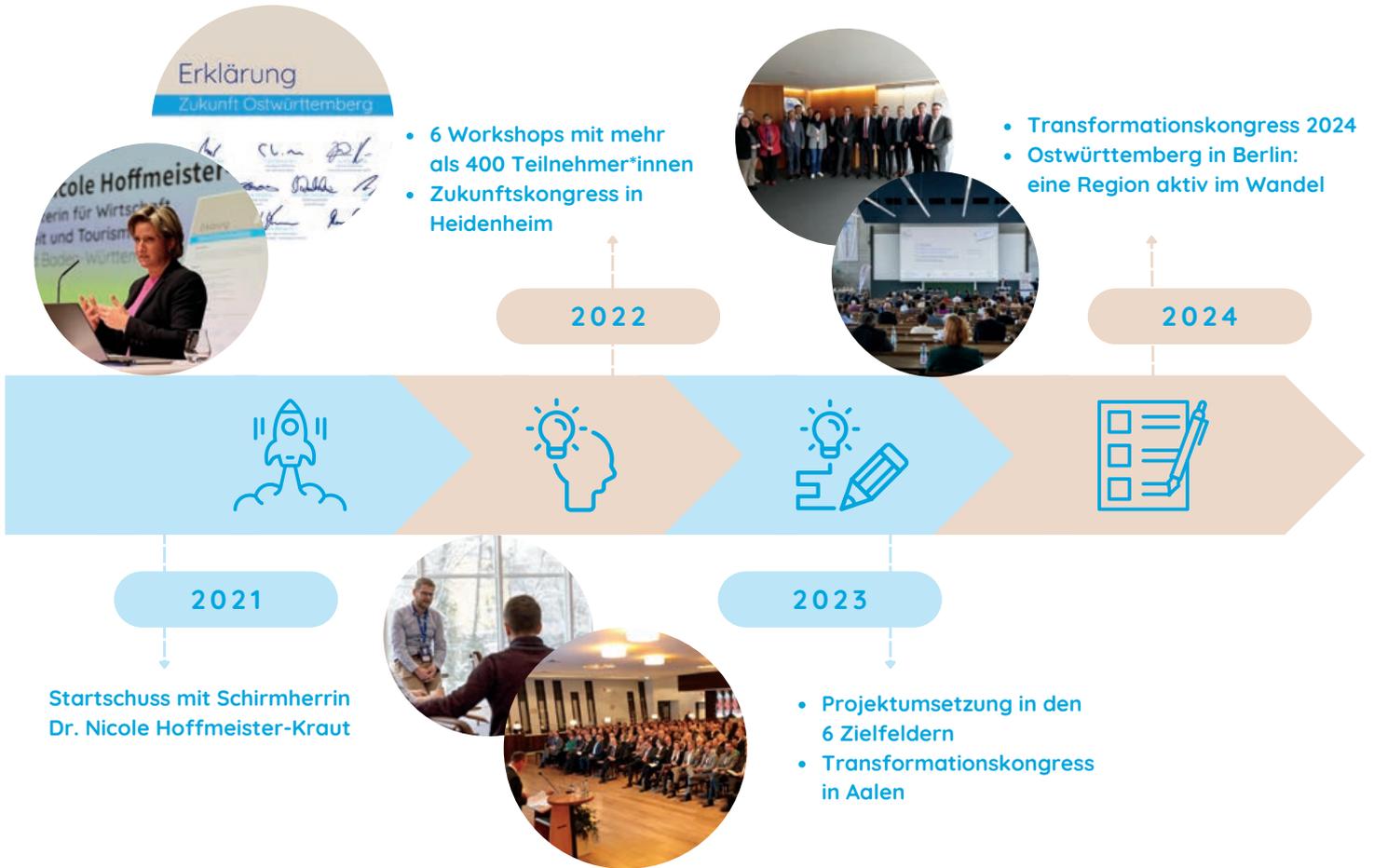
OSTWÜRTTEMBERG ERKLÄRUNG: BERLINER ERGEBNISSE

Die drei Kernbotschaften sind

- Planungssicherheit in der Energiewende vorantreiben
- Stärkerer Fokus auf Forschung, Innovation und Transformation in der Wirtschafts- und Strukturpolitik des Bundes
- Fachkräftesicherung, Wohnen und Mobilität zusammen denken

Die Kernergebnisse werden momentan aufbereitet und stehen Ende November 2024 zur Verfügung.





ANZEIGE

igefa
Immer. Fürs Leben da.

MEIN IGEFA-EFFEKT

Mehr Zukunft im Betrieb.

Wir sind Ihr Handelspartner für Produkte, Logistik und Services. Mit unserem Vollsortiment und nachhaltigen Lösungen erfüllen Hygiene, Sicherheit und Arbeitsschutz bei Ihnen immer höchste Standards. Persönliche Beratung, digitale Bestellsysteme und zuverlässige Vor-Ort-Logistik runden das Paket ab.

JETZT BETRIEB ENTWICKELN.
www.igefa-effekt.de

member of
INPACS
Global Supply Solution

Ostwürttemberg meets Berlin

EINDRÜCKE | STANDPUNKTE | DENKANSTÖSSE

40 Cent Netzentgelt pro Kilowattstunde wären der Tod für unsere Region.

IHK-Präsident Markus Maier bei der Veranstaltung im Haus der Deutschen Wirtschaft.



Nicht verhandelbar ist für uns eine funktionierende Infrastruktur in allen Bereichen.

IHK-Präsident Markus Maier in seiner Begrüßung zur Abendveranstaltung in der baden-württembergischen Landesvertretung.

Es kommt eh nie so schlimm, wie man es befürchtet.



FC Heidenheim-Chef Holger Sanwald über den im Verein stets herrschenden Optimismus.

Pioniergeist erfordert eine hohe Frustrationsfähigkeit.

Der Vorstandsvorsitzende der Carl Zeiss AG, Dr. Karl Lamprecht, in seinem Impulsvortrag bei der Auftaktveranstaltung.



Wir sind hier in einer Blase. Die Regionen müssen deutlich machen, was vor Ort die Probleme sind und was nötig ist.

Nothnagel im weiteren Verlauf dieser Veranstaltung über die Berliner Politik und ihren aus seiner Sicht fehlenden Blick über die „Blase“ hinaus.



Das Thema Wohnen ist sehr lange vernachlässigt worden. Wir haben immer gedacht, Deutschland sei fertiggebaut.

Die Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, Klara Geywitz (SPD), in ihrem Vortrag bei der Abendveranstaltung.



Manches macht auch mich wütend. Da hat man eine Netzplanung ohne Finanzierung – und da denkt man: So ‘ne Scheiße.

Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Dr. Franziska Brantner (Grüne), in ihrem Vortrag bei der DIHK zum schwierigen Weg der Finanzierung eines Wasserstoff-Kernnetzes in Deutschland



Sie haben mich echt als Fan gewonnen.

Die Moderatorin der Abendveranstaltung, die ARD-/SWR-Journalistin Hendrike Brenninkmeyer, zum Vorstandsvorsitzenden des 1. FC Heidenheim, Holger Sanwald.



Die Veranstaltung Ostwürttemberg meets Berlin stellte in vielerlei Hinsicht ein Novum in der Bundeshauptstadt dar. Man kann die Initiatoren dieser Veranstaltung für ihren Mut und die exzellente Durchführung dieses gelungenen Projektes nur gratulieren.

Dietmar Rieg, CEO, Deutsch-Amerikanische Handelskammer New York (ret.)





Ostwürttemberg meets Berlin IHK-Team vor und hinter den Kulissen



Unseren Film „Zukunftslieferer und Modellregion“ finden Sie unter <https://www.youtube.com/watch?v=Y0tAhZfPA3I>



Industrie- und Handelskammer
Ostwürttemberg



Ist mein Unternehmen reif für ein digitales Update?

**Gemeinsam finden
wir die Antworten
für morgen.**

Mit kompetenter Beratung und Finanzierungs-
lösungen für die digitale Transformation.



Weil's um mehr als Geld geht.

